



# Deutsche Polizei

Nr. 12 Dezember 2002

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



**Jetzt  
stellen **WIR** uns  
quer!**

# INHALT

<b>2</b>	<b>EDITORIAL</b>	<b>POLIZEI-FÜHRUNGS- AKADEMIE</b>	<b>17</b>
		<i>Gütesiegel für Hochschule der Polizei</i>	
<b>3</b>	<b>KURZ BERICHTET</b>	<b>VERSORGUNG</b>	<b>19</b>
	<i>Schusswaffenmerkmale erfassen</i>	<i>Verfahren gegen das Versorgungs- änderungsgesetz 2001</i>	
	<i>Spende übergeben</i>		
<b>4</b>	<b>KOMMENTAR</b>	<b>GdP-RENTE</b>	<b>21</b>
	<i>Nerven behalten trotz Erniedrigung</i>	<i>Großes Interesse an GdP-Rente</i>	
<b>4/5/</b>	<b>FORUM</b>	<b>INTERNATIONALES</b>	<b>22</b>
<b>6</b>	<b>TITEL / JETZT STELLEN WIR UNS QUER</b>	<i>EuroCOP will in Europa für Polizeibeschäftigte sprechen</i>	
	<i>Notopfer und Diffamierung – die Politik agiert gegenwärtig unverantwortlich</i>	<b>SENIORENJOURNAL</b>	<b>28</b>
<b>8</b>	<i>Interview / Das Spiel mit der Hintertür</i>	<i>Die neuen Preise mit der BahnCard für alle</i>	
<b>10</b>	<b>CASTOR-TRANSPORT</b>	<i>3. Bundesseniorenfahrt</i>	
	<i>Die Bereitschaft zur Gewalt ist ungebrochen</i>	<b>TERRORISMUS</b>	<b>30</b>
		<i>Deutschland – Anschlagziel der al-Qa'ida</i>	
<b>14</b>	<b>INTERNATIONALES</b>		
	<i>„Angriffe auf Polizisten sind Angriffe auf die Gesellschaft“</i>		



Deutsche  
**Polizei**

Titelbild: dpa  
Titelgestaltung: Rembergt Stolzenfeld



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
196.589 Exemplare  
ISSN 0949-2844



**Inhalt:**  
100% Recyclingpapier  
Umschlag:  
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEI LITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung

**Nr. 12 • 51. Jahrgang 2002 • Fachzeitschrift  
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft der Polizei,  
Forststraße 3a, 40721 Hilden,  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,  
Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:**  
<http://www.gdp.de>

**Redaktion Bundesteil:**  
Marion Tetzner  
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,  
Stromstraße 4, 10555 Berlin,  
Telefon (030) 39 99 21 - 114  
Fax (030) 39 99 21 - 211  
**E-Mail:** [gdp-redaktion@gdp-online.de](mailto:gdp-redaktion@gdp-online.de)

**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen  
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen  
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir  
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** [vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de](mailto:vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Manfred Wallbrecher, Lothar Becker

**Anzeigenleiter:**  
Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28  
vom 1. Januar 2002

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

## Den Aufstand geprobt: Weit über 10.000 protestierten in Kiel gegen Öffnungsklausel

**Einen Vorgeschmack auf entschlossene Gegenwehr zur geplanten Öffnungsklausel im Bundesbesoldungsrecht gab in Kiel am 14. November eine eindrucksvolle Demonstration vor dem Landeshaus. Da ging es nicht mehr nur um Unmut. Die Demonstranten machten ihre Empörung über das konzeptionslose Schröpfen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes deutlich.**

**Karl-Hermann Rehr war dabei:**

Der Demonstrationzug wollte gar nicht enden: zwischen 10.000 und 12.000 Beamtinnen und Beamte machten Front gegen Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Simonis. Sie hatte im Bundesrat gemeinsam mit Berlins Regierendem Bürgermeister

Wowereit die so genannte Öffnungsklausel mit initiiert.

Die Stimmung in Kiel war zum Greifen gespannt. 10.000 skandierten immer wieder: „Heide muss weg.“

Dem Aufruf von GdP und GEW waren viele Angehörige auch anderer Verbände und Vereinigungen gefolgt. Neben dem DGB-Landesvorsitzenden Peter Deutschland und der GEW-Landesvorsitzenden Rita Wittmaack sprach als Hauptredner der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg.

„Das Maß ist voll“, rief Rita Wittmaack der Menge zu, „So lassen wir uns nicht behandeln!“ Die Antwort war ein Konzert von Pfiffen. Dabei passte es gut, dass während der Abschlusskundgebung vor dem Landtag das Parlament drinnen gerade über das Fach Musik debattierte.

Der DGB-Vorsitzende Peter Deutschland fragte, wer die Verantwortung für die desolante Finanzsituation habe und wer sie austragen müsse. „Mit dem Messer auf der Brust werden wir nicht verhandeln. Die Flexibilisierung muss erst vom Tisch.“

Tags zuvor hatte sich der Schleswig-Holsteinische Landtag eine zweistufige Diätenerhöhung von 5,7 % genehmigt. Das brachte die Menge erst recht in Rage. „Ist das eine Vorgabe für die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst?“ fragte Demonstrant Klaus Boese.

tagsabgeordnete Klaus-Peter Puls dazu auf, die Äußerungen des GdP-Vorsitzenden Freiberg einmal „unter disziplinarrechtlichen Gesichtspunkten zu würdigen“. Die ohnehin erhitzte Debatte hätte durch die Äußerung noch einen weiteren Höhepunkt bekommen. Offensichtlich hat dieser Landtagsab-



Fotos (2): Schöneck



„Schamlos und unanständig“, so Konrad Freiberg zu den Beschlüssen der Parlamentarier, „und nebenher die Beamtenehälter kürzen“. Er kündigte politischen Druck der GdP an: „Wir werden Sand im Getriebe sein, wir werden in den nächsten Landtagswahlkämpfen unsere Zurückhaltung ablegen. Kommt der Vorschlag nicht vom Tisch, sage ich einen Aufstand der Polizei voraus.“

Am Folgetag debattierte der Landtag über die Protestaktion. Dabei forderte der SPD-Land-

geordnete nicht gewusst, dass der GdP-Bundesvorsitzende Beschäftigter der GdP ist und lediglich grundgesetzlich verbrieft Rechte wahrgenommen hat.

**Karl-Hermann Rehr**

**„Wir sind doch keine Schafe, die ihren Henker selber wählen.“**

*Konrad Freiberg auf der Demonstration von GdP und GEW am 14. November 2002 in Kiel.*

## Schusswaffenmerkmale erfassen Spende übergeben

Die GdP hat gegenüber der Innenministerkonferenz und dem Bundesinnenministerium angeregt, Schusswaffen generell kriminaltechnisch zu erfassen. Hintergrund dieser Forderung waren die offenkundigen Probleme der amerikanischen Polizei im Oktober 2002, die beiden hinterhältigen Scharfschützen von Washington und Umgebung zu ermitteln. Hierzulande gibt es – genauso wie in den USA – derzeit keine Möglichkeit, eine Schusswaffe, die bislang nicht für Straftaten genutzt wurde, zu identifizieren.

Dabei werden in Deutschland und in vielen europäischen Ländern fabrikneue Waffen unabhängig davon, ob sie für Militär,

Behörden oder den zivilen Markt hergestellt werden, einem staatlichen Beschluss unterzogen, d. h. auf ihre Funktionssicherheit überprüft. Die jeweils genutzten Geschosse und Patronenhülsen (bei Waffen mit glatten Läufen nur die Hülsen) tragen die charakteristischen Merkmale der betreffenden Schusswaffe, sind also in Fällen kriminellen Schusswaffengebrauchs wie ein Fingerabdruck zur Identifizierung der Schusswaffe nutzbar und könnten Rückschlüsse auf den Tatverdächtigen zulassen.

Auch in Deutschland hergestellte und importierte Waffen sollten entsprechend erfasst werden.

W.D.

## Bundesseniorenvorstand debattierte Sparpläne



Der Bundesseniorenvorstand tagte erstmals nach dem Magdeburger Kongress in der Berliner GdP-Geschäftsstelle. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die geplanten Einschnitte im Versorgungsbereich. (Seniorenjournal auf S. 28/29)

Foto: Tetz



Frank Drechsler, GdP-Landesvorsitzender Sachsen (l.) mit Norbert Brill von der SIGNAL IDUNA Gruppe. Foto: Uwe Kleine

KESSELSDORF: Am 15. Oktober 2002 überbrachte Norbert Brill von der SIGNAL IDUNA Gruppe aus Dortmund der GdP Sachsen eine Spende von 10.000 Euro für die vom Hochwasser betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

In Sachsen sind insgesamt 569

Polizeibeschäftigte von der Jahrhundertflut betroffen. Bisher trafen Sach- und Geldspenden aus allen Bundesländern in Sachsen ein. Der Landesvorstand der GdP Sachsen möchte sich auch auf diesen Weg für die großartige Solidarität bedanken.

U. K.

## EuroCOP gegründet

Es ist geschafft: Eine einheitliche europäische polizeiliche Interessenvertretung ist Ende Oktober aus der bisherigen Union der Polizeigewerkschaften UISP (Union des Internationales des Syndicats de Police) und dem Standing Committee of Police in Europe (SCOPE), in dem im Wesentlichen die englischsprachigen Berufsorganisationen der Polizei zusammengeschlossen waren, hervorgegangen. Auf einem Außerordentlichen Kongress im dänischen Roskilde einigte man sich auf die Statuten der neuen European Confederation of Police (EuroCOP). Die



neue Organisation umfasst 25 europäische Berufsorganisationen, die insgesamt mehr als eine halbe Million Polizeibeschäftigte vertreten. Das bedeutet eine deutliche Stärkung für die Interessenwahrnehmung der Polizeibeschäftigten auf europäischer Ebene.

(Bericht siehe Seite 22-25)

## Nerven behalten trotz Erniedrigung

Von Konrad Freiberg

**D**ie rund 16 000 Kolleginnen und Kollegen, die unter den Lobgesängen der Politiker wieder einmal mit Augenmaß und hoher Professionalität einen der schwierigsten Castor-Einsätze meisterten, waren empört: mit Hilfe einer Bundsratsinitiative wollen die Länder Teile der Beamtenbesoldung selbst bestimmen. Konkret heißt das, dass – je nach Lust und Laune und mit dem Argument der leeren Kassen – Weihnachts- und Urlaubs-

gelder gestrichen, Nullrunden verordnet und die Versorgung abgesenkt werden kann.

Ein Kollege im Einsatz (siehe Bericht ab Seite 10) drückt das zu Recht so aus: „Da stehen wir hier sozusagen Hintern an Hintern, lassen uns mit Mist bewerfen und derjenige aus einem ‚armen‘ Bundesland, bekommt dafür möglicherweise bald 250 Euro weniger. Und warum? Weil wir einen so sicheren Arbeitsplatz haben.“

Es ist unerträglich, wie oft dieser so genannte „sichere Arbeitsplatz“ als Argument dafür herhalten muss, dass Polizistinnen und Polizisten immer kürzer treten sollen. Viele Menschen, die ich kenne, möchten mit einem Polizisten um nichts in der Welt tauschen, schon gar nicht seinen sicheren Arbeitsplatz.

Wie der im Alltag aussieht – und Großlagen sind für die Polizei mittlerweile Alltag – ließ sich in Gorleben besichtigen. Da fahren Traktoren auf Polizeiketten zu und lassen sich erst stoppen, als Kollegen die Dienstwaffe aus dem Holster nehmen.

Da wird ihnen Stallmist ins Gesicht geschleudert. Da müssen sie einen ICE aus voller Fahrt zur Notbremsung zwingen, weil „friedliebende“ Protestler das Gleis blockieren und darauf vertrauen, dass die Polizei sie aus dieser lebensgefährlichen Situation unter Einsatz

ihres eigenen Lebens erretten.

Da werden Hubschrauber mit Signalmunition beschossen und Fahrwege mit Krähenfüßen belegt. Und. Und. Und.

Trotz der rückläufigen Demonstranzzahlen wächst das Potenzial an Gewalt insbesondere durch kleinere Störgruppen, die offenbar zu allem entschlossen sind, auch bei den Castor-Transporten. Entgegen so manch offizieller Bilanz, wonach es wieder einmal gelungen sei, den Protest friedlich zu kanalisieren und Verletzte auf beiden Seiten weitgehend zu vermeiden, sieht die Lage im akuten Einsatz anders aus. Was Polizistinnen und Polizisten an Provokationen und Entwürdigungen ertragen müssen, um ihrerseits die Situation nicht eskalieren zu lassen, das taucht in keiner Abschlussbilanz auf.

All diejenigen Politiker, die sich derzeit mit Plänen um Einkommenskürzungen bei der Polizei beschäftigen, sollten sich selbst einmal in vorderster Front vor militante Atomkraftgegner hinstellen, sich mit Mist bewerfen lassen und dabei die Nerven behalten.

Es wäre auch nicht schädlich, wenn mehr Politiker einmal in die Streifenwagen steigen und einige Tag- und Nachtdienste mit den Kolleginnen und Kollegen verbringen würden. Laden wir sie doch einmal ein, nur für ein paar Tage die Rollen zu tauschen!

**Zu: Kongressberichterstattung, DP 11/02**

Mit Interesse habe ich die Artikel über den 22. Ordentlichen Bundeskongress gelesen. Als ehemaliger stellv. Landesvorsitzender in Bayern und Mitglied der Großen Tariffkommission hat mich der Bericht über die Wahlergebnisse (Seite 15) veranlasst, euch zu schreiben: bei den Kollegen Witthaut, Kiefer und Müller wird – wie es die Satzung vorgibt – berichtet, dass sie als stellvertretende Vorsitzende gewählt wurden. Die Kollegin Kerstin Philipp ist in der Nachfolge von Helmut Hinsenhofen als stellvertretende Vorsitzende gewählt worden. Dieses wurde von euch nicht berichtet.

**Horst Fassbender**

*Eine Unterlassungssünde, die leider in der stressigen Phase der Berichterstattung passiert ist. Wir danken für den Hinweis, entschuldigen uns und stellen hiermit richtig: Kerstin Philipp ist als stellvertretende Bundesvorsitzende gewählt worden und sie ist für den Tarifbereich zuständig.*

**Die Redaktion**

**Zu: Gemeinsam ist Gewalt zu bremsen, DP 10/02**

Im Titel-Thema wird auch von EPHK [Wolfgang Müller](#) berichtet, der in Berlin ein Verhaltenstraining leitet.

Ich selbst zeige großes Interesse an der Arbeit von EPHK Müller und möchte ehrenamtlich in meinem Bereich ein Verhaltenstraining an Schulen anbieten. Ich möchte Sie bitten, mir die Kontaktanschrift zu übermitteln oder meine Daten an EPHK Müller weiterzuleiten.

**Kay Gerden, Rotenburg**

Da uns etliche Nachfragen diesbezüglich erreichten, hier also die Kontaktadresse:

[Wolfgang Müller](#)  
[Landespolizeischule Spandau](#)  
[Radelandstraße 21](#)  
[13589 Berlin](#)  
Telefon: 030 / 330 15 18 42  
Fax: 030 / 330 15 18 64



## **Zu: EU-Grenzpolizei, DP 10/2002**

Die Einrichtung einer gemeinsamen EU-Grenzpolizei und eine harmonisierte Innenpolitik der Mitgliedstaaten ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist ebenfalls das Gebot der Zukunft. Die Politik Europas sollte den Herkunftsländern der illegalen Migranten signalisieren, dass Europa keine Festung sein will, sondern sich aufrichtig um ein faires Teilen bemüht. Für bilaterale Verträge mit den EU-Anrainerländern sollten die guten alten Abkommen aus der Frühzeit der Einwanderung nach Europa bemüht werden.

Als die Migranten noch „Gastarbeiter“ hießen, war es klar, dass Verbindungen in die Herkunftsländer selbstverständlich und auch gewünscht waren. Nun sollte dies um eine soziale Komponente ergänzt werden. Wer denkt, dass er hier sein Glück machen kann, der soll es legal probieren. Nur sollen er oder sie sich verpflichten, einen Teil sein oder ihren Einkommens an soziale Einrichtungen in seinem oder ihrem Heimatland abzuführen („Social Green Card“). Ich denke auch, dass so eine Politik gut in den EU-Ländern bei den Menschen ankommen wird. Viele wissen, dass die Globalisierung nach neuen Antworten verlangt.

**Thomas Ohl,  
Langensfeld**

## **Zu: „Verführt von den Medien“, DP 10/02**

Mit Interesse habe ich den Beitrag gelesen, da ich auch zwei internetbegeisterte Kinder habe.

Meiner Überzeugung nach gehören gerade das elterliche Vertrauen in eine „kontrollierte Selbstverwaltung“ der Kinder und eine ständige Bereitschaft zu einem offenen Gespräch zu den Dingen, die präventiv vor antisozialen Verhalten schützen.

Menschen sollten rechtzeitig lernen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen in

einem vernünftigen Maß umzugehen. Zu diesen Ressourcen gehört auch „Zeit“. Bei der Nutzung des Internet wissen wir alle, wie schnell die Zeit unkontrolliert verrinnt.

Ich habe daher eine Software entwickelt, mit der Benutzern eines PCs von einem Administrator – in diesem Falle die Eltern – Zeit für die Internet-Nutzung pro Woche oder Monat vorgegeben werden kann.

Die Benutzer – also die Kinder – können dann frei wählen, wann und wie sie diese limitierte Zeit im Internet verbrauchen wollen. Der Administrator kann genau vorgeben, wie viel Geld er für das Internet ausgeben möchte. Ist die Zeit konsumiert, gibt es bis zur nächsten (entweder manuell oder automatisch einzurichtenden Gutschrift) keine Möglichkeit mehr, das Internet zu nutzen.

Dieses Programm hat sich bereits in unserer Familie bewährt und wird auch von vielen Eltern, aber auch von Leuten, die sich selbst ein wenig Kontrolle auferlegen wollen genutzt. Das Programm kann kostenlos vom Internet heruntergeladen werden unter [www.kidkey.de](http://www.kidkey.de). Und es ist einfach in der Anwendung.

**Claudio von Koschitzky,  
per Mail**

## **Zu: Anhebung geplant, DP 10/02**

Als ich euren Artikel sah, war ich zunächst angenehm überrascht und erfreut, allerdings nur zunächst. Denn dann musste ich feststellen, dass der Entwurf des BMI eine Erschweriszulagen-erhöhung eben doch nur für Angehörige die Bundeswehr und einzelne Spezialeinheiten der Bundespolizei BGS und BKA vorzusehen scheint. Da mir der Änderungsentwurf nicht zugänglich ist, muss ich mich auf euren Artikel verlassen. Ich finde es auch löblich, dass ihr euch dafür stark macht, die Erhöhungen gemäß § 22 EZuLV auch den Angehörigen entsprechender Länderdienststellen zukommen zu lassen. Nur, was ist z. B. mit den Zulagen für Tätigkeiten der

Sprengstoffentschärfer und Sprengstoffermittler gemäß § 11 EZuLV? Ist hier ebenfalls eine längst überfällige Erhöhung der Zulagen vorgesehen oder wurde diese zwar kleine aber doch vorhandene Berufsgruppe innerhalb der Polizei mal wieder vergessen? Ich wäre euch dankbar, wenn ihr die mit der Stellungnahme betrauten GdP-Organen darauf hinweisen könntet.

**Norbert Jacobi, LKA Baden-  
Württemberg**

*Die GdP hat zusätzlich zu den Änderungsforderungen zum BMI-Entwurf der Erschweriszulagenverordnung ein Grundsatzgespräch über die Abspaltung von Erschwerissen verlangt. Der DGB als 94er Spitzenorganisation hat diese Forderung in die Stel-*

*lungnahme gegenüber dem BMI aufgenommen. Die GdP will bei diesem Gespräch die noch nicht abgearbeiteten Bundeskongressbeschlüsse (u. a. D 60: Erhöhung der Zulage nach § 11 EZuLV) thematisieren.*

**Die Redaktion**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

## **Vorfreude ist Anti-Stress-Faktor!**



**Foto: dpa**

Deutschlands größten Adrenalkranz banden jüngst bei Leipzig Floristen aus München, Nürnberg, aus der Schweiz und Österreich – und relaxten wahrscheinlich dabei – jedenfalls dann, wenn sie unterdessen ein wenig Vorfreude auf Weihnachten empfanden.

Denn die alte Volksweisheit „Vorfreude schönste Freude“ wurde nun auch wissenschaftlich belegt: bei amerikanischen Probanden, denen ein freudiges Ereignis angekündigt wurde, stieg die Konzentration des Glücks-

hormons Endorphin um 27 Prozent!

Bei einer vorfreudigen Vergleichsgruppe lag der Stresshormonspiegel von Cortisol um 39 Prozent, der Adrenalinspiegel sogar um 70 Prozent höher.

*In diesem Sinne wünschen wir allen unseren Mitgliedern und Sympathisanten eine vorfreudige Adventzeit, ein glückliches Weihnachtsfest sowie einen allerbesten Start in das neue Jahr.*

**Die Redaktion**

## Notopfer und Diffamierung – die Politik agiert gegenwärtig unverantwortlich

**Denn sie wissen nicht was sie tun? – Das wäre zu gelinde ausgedrückt. Sie denken eingleisig. Sie verschleiern. Sie sind konzeptionslos. Sie agieren unmoralisch und unverantwortlich – unsere Politiker.**

**Sie treiben ein Spiel mit Loyalität und Motivation und dem Ansehen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Weil sie über Jahre hinweg Haushaltlöcher zu riesigen Finanzkratern verkommen ließen. Weil sie nun in der Finanzklemme sitzen und eigentlich nicht weiterwissen.**

In einer solchen Lage ist es immer gut, von den eigenen Problemen abzulenken und auf einen „Feind“ zu weisen. Und der war schnell zur Hand:

### Der Verschwender der Nation ist gefunden

Die Berliner Wowerit-Initiative zur Installation einer sogenannten Öffnungsklausel hat den Verschwender der Nation in den Focus gerückt – den unersättlichen öffentlichen Dienst, der auch noch mit dem festen Willen, eine 3 vor dem Komma zu erreichen, die Tarifverhandlungen für sich entscheiden will.

Recht populistisch die Argumentation so manchen Politikers: es sei einem Arbeitslosen nicht klar zu machen, dass einer mit abgesicherten Arbeitsplatz nun auch noch drei Prozent mehr Geld haben will.

### Schon mal die Umkehrfrage gestellt?

Wie ist einer Polizistin oder einem Polizisten klar zu machen, dass sie oder er vermehrt Aufgaben zu bewältigen haben, Überstundenberge ansammeln müssen, dass sie täglich loyal die Staatsordnung zu schützen haben, sich dafür bespuken, mit Mist und Steinen bewerfen lassen müssen und dafür Besoldung und Leistungen gekürzt bekommen. Die Motivation für die Er-

ledigung der täglichen und besonderen Aufgaben werden bei den Kolleginnen und Kollegen in die Höhe schnellen!

Wieso eigentlich werden plötzlich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorgeführt und diffamiert, als würden sie den lieben langen Tag in der sozialen Hängematte abschaukeln. Das ist einfach unanständig.

Viele Medien listen die so genannten Vergünstigungen im öffentlichen Dienst auf. Von den bisherigen Einschnitten, von den Leistungen der Polizistinnen und Polizisten findet man jedoch kaum ein Wort (s. Seite 9).

Wo ist die journalistische Verantwortung geblieben?

So wird nur Neid – und schlimmer noch Hass – erzeugt bei denen, die sich gut beeinflussen lassen, weil sie es nicht besser wissen. Wohin soll das in Deutschland führen? Ganze Berufsstände werden in unverantwortlicher Weise verunglimpft. Als würden sie Schuld sein am deutschen Finanzdesaster. Das stört den sozialen Frieden.

Oder ist das gar gewollt? Teile und herrsche? Deutschlands politische Kultur verkommt zu sehends.

Es gibt nur noch ein Ziel: Sparen bis die Tränen kommen – Tränen aus Wut und Enttäuschung.

### Konzeptionsloses Häppchen-Sparprogramm

Gern wird von verschiedenen Politikern immer mal wieder der Satz unseres einstigen Bundespräsidenten Roman Herzog in den Mund genommen: es müsse ein Ruck gehen durch Deutschland.

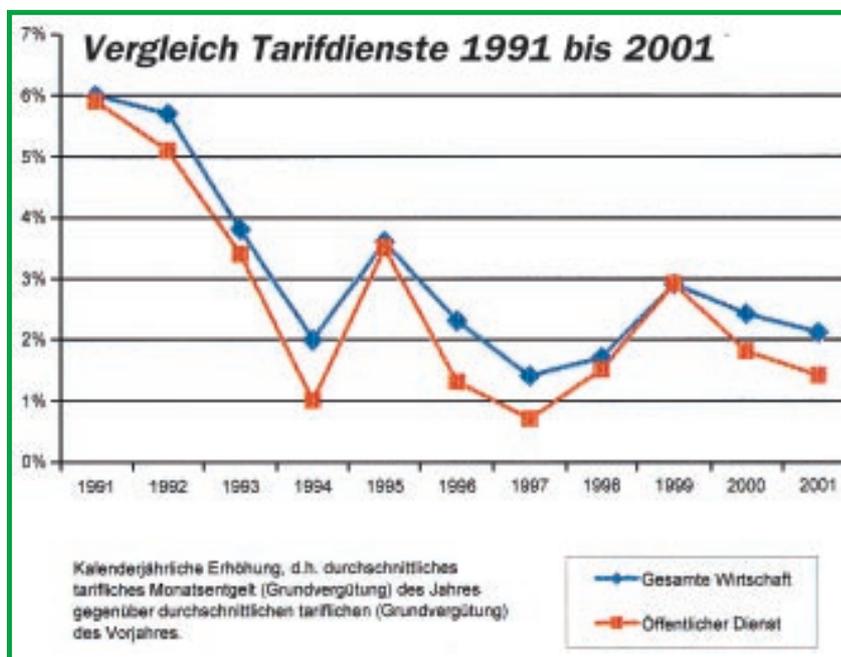
Von diesem gemeinsamen Ruck ist nichts zu spüren. Sehr

Dienst. Da spart es sich gut, weil bei vielen der dort Beschäftigten die Gegenwehr eingeschränkt ist. – Beamtinnen und Beamte können zwar durch ihr Sprachrohr Gewerkschaft protestieren, aber mehr auch kaum. Streiks brauchte man bislang von ihnen nicht zu fürchten.

Doch die Zeiten ändern sich. Aktion erzeugt Reaktion. Damit sollten die Dienstherren künftig verschärft rechnen.

### Geister aus dem Nirwana

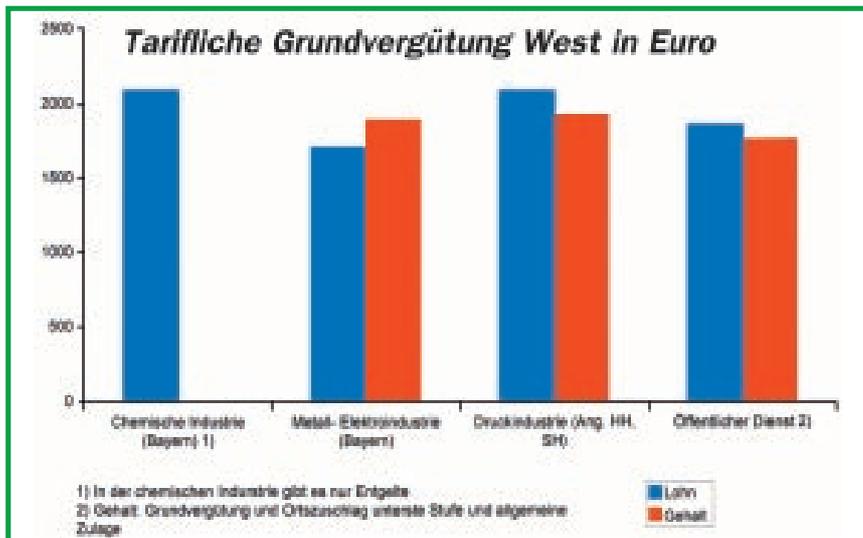
Übrigens: wer hat eigentlich den öffentlichen Dienst geschaffen? Wer hat die Geister gerufen, die er so gern wieder los werden oder zumindest klein halten würde? Wer brauchte ein Heer von



wohl aber von ruckartigem, unkonzepionellem Spar-Aktivismus bei einzelnen Gruppen, an einzelnen Stellen.

Eine dieser Gruppen ist wieder einmal der öffentliche

Staatsdienern? Und warum? Die Gründe zählen heute nicht mehr? Nicht weil sie keine echten Gründe sind, sondern weil die Pleitewelle ganz Deutschland zu überschwemmen droht. Poli-



tik je nach Finanzlage? Da fehlt jegliche konzeptionelle Substanz.

Und die Arbeitnehmer haben ihre Einkommen den Entscheidungen bzw. Fehlentscheidungen der Politiker anzupassen – oder wie ist die konzeptionslose Debatte um Einsparungen zu verstehen?

Fragen nach Deutschlands Visionen, nach gesamtgesellschaftlichen Konzepten, nach einem gesamtdeutschen Aufbruch seien schon gestattet.

Als Antwort wird jedoch nur Flickschusterei, lähmende Apathie und eine Ansammlung von Notmaßnahmen geboten.

Dass der öffentliche Dienst der Einkommensentwicklung in der Wirtschaft in den letzten Jahren deutlich hinterherhinkt, zeigt

unsere Grafik auf Seite 6. Von überzogenen Forderungen kann also überhaupt keine Rede sein.

### Sparvorschläge

Politische Unsensibilität höchsten Grades demonstrierten Abgeordnete mit ausgeprägter Bedienmentalität jüngst in Schleswig Holstein. Sie verord-

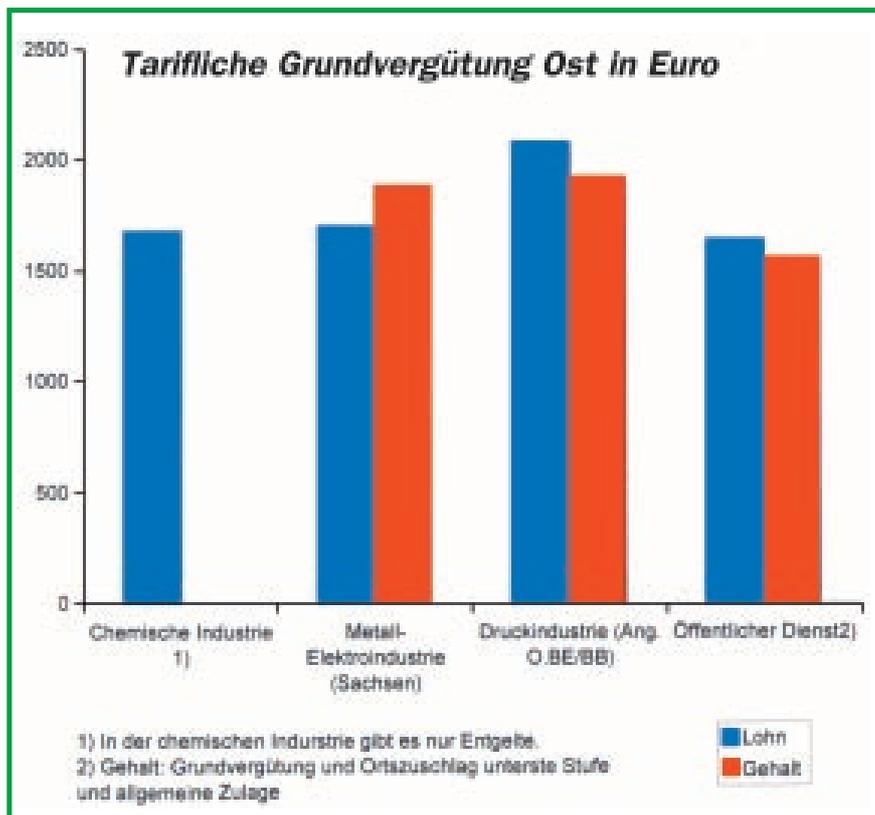
neten sich Diätenerhöhungen von 5,7 Prozent. Und auch unser Kanzler verpasste erst nach aufkeimendem Volkszorn seinem Kabinett eine Nullrunde.

Offenbar gibt es doch noch Finanzquellen. Jedenfalls solche, die für Politiker sprudeln.

Das ist auch jüngst dem Focus zu entnehmen, der u. a. über

Übergangsgelder und Pensionsansprüche unserer Politiker ausführlich und detailliert informierte. Es ist haarsträubend. Es macht wütend. Die, die dem kleinen Mann in die Tasche greifen, bedienen sich selbst mit dem großen Löffel.

Deutschlands Sparprogramm wäre die reine Lachnummer – wäre es nicht so frustrierend.



„Wir haben fast 13 Jahre improvisiert und trotz massiver Missstände – insbesondere bei den Ausrüstungen und beim Personalbestand – diese Polizei aufgebaut und auf einen qualitativen Stand gebracht, der sich mit den Altbundesländern durchaus messen kann. Der Sparhammer ist nun der Dank dafür? Wir wehren uns gegen die Sanierung der Landeshaushalte auf Kosten der Besoldung oder Sonderzuwendungen – die Folgen wären Frust, Resignation und innere Kündigung.“

„Wer für Lausitzring und Chipfabrik ‚Kohle‘ hat, soll auch an seine Staatsdiener denken.“

Wer so etwas vor hat, will nicht „mehr Grün auf die Straße“, sondern „Grün auf die Sozialämter“.

**Teilnehmer des Vertrauensleute-Seminars des Bildungswerkes der GdP-Brandenburg.**

„Länder mit eher knappen Kassen werden die Kürzungsmöglichkeiten sicher ausschöpfen – ohne an die sozialen Folgen zu denken. Aber Sicherheit gibt es nicht zum Null-Tarif.“

**Kerstin Rothe, Thüringen**

„Bei uns Deutschen besorgen die einen das Denken, die anderen das Reden und andere das Handeln. Die, die handeln, haben aber weder nachgedacht, noch darüber geredet, sondern stellen das Volk vor vollendete Tatsachen.“

**Christina Brückner, Thüringen**

„Einerseits wird von den Kollegen wolle Hingabe im Beruf verlangt, andererseits wird von den Politikern vom öffentlichen Dienst wieder ein Sonderopfer verlangt. Sparen muss sicher sein – aber bitte auch ohne Erhöhung der Diäten.“

**Martina Filla, Nordrhein-Westfalen**

## JETZT STELLEN WIR UNS QUER

Dabei scheint keiner der gut ausgestatteten Politiker sein Geld wert zu sein, ansonsten stünden wir nicht vor diesem gigantischen Dilemma.

### Statt Respekt Griff in die Taschen

Wirtschaftsexperten warnen davor, Sparen als Allheilmittel zu sehen. Schon jetzt halten die Deutschen ihr Geld zurück: der Einzelhandel verzeichnet nach eigenen Angaben den schlechtesten Umsatz in der gesamten Nachkriegsgeschichte.

Wer sich dem chaotischen Sparkurs widersetzt – wie die

Gewerkschaft der Polizei – gilt jedoch als Blockierer. Dabei würden wir sofort zustimmen, Politikerpensionen zu reduzieren, Diäten einzufrieren, Übergangsgelder zu minimieren.

Aber wir sind nicht bereit, unseren Kolleginnen und Kollegen, die täglich ihren Kopf für die Sicherheit in diesem Lande hinhalten müssen, in die Taschen fassen zu lassen.

Nicht auszudenken, wenn in der gegenwärtigen brisanten Sicherheitslage in Deutschland, Europa und der Welt unsere Kolleginnen und Kollegen vor lauter Frust Dienst nach Vorschrift machen würden. Gott sei Dank

haben sie ein hohes Berufsethos.

Dabei müsste gerade jetzt Gegenteiliges von der Politik kommen: unsere Polizistinnen und Polizisten müssten in ihrem täglichen Bemühen optimal unterstützt, ihnen müsste höchster Respekt gezollt werden.

Schröpfen kann nicht Bestandteil eines überzeugenden Konsolidierungsprogramms sein.

Wir brauchen keine Euro-Exorzisten für unsere Kolleginnen und Kollegen, kein konzeptionsloses Gewurschtel, keine verschleiernden Reden.

Bleibt das Ansinnen, den Polizeibeamtinnen und -beamten in die Taschen zu fassen, bestehen,

wird intensivster Protest der Ordnungshüter nicht ausbleiben.

Gemeinsam mit allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihren Gewerkschaften wird die GdP alles daran setzen, diesen Anschlag auf den öffentlichen Dienst entschlossen abzuwehren. Streiks und Warnstreiks sind dabei keinesfalls ausgeschlossen.

Unsere Forderungen sind eindeutig:

Das Tarifergebnis muss eine 3 vor dem Komma haben, es ist auf die Beamten zu übertragen und die Öffnungsklausel für die Besoldung muss verhindert werden.

MATE

## INTERVIEW

# Das Spiel mit der Hintertür

**Seine Sicht auf die geplante Öffnungsklausel gab uns Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis, Lehrstuhlinhaber für Staats- und Verwaltungsrecht sowie Verwaltungswissenschaften an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.**

**1971 wurde im Grundgesetz die bundeseinheitliche Besoldung für Beamte fest geschrieben. Wie lautete die damalige Argumentation?**

Die damalige Argumentation ging in Richtung Unitarisierung des Bundesstaates. In Wirklichkeit wollte man den Wettbewerb zwischen den Ländern und dem Bund abschaffen. Weil es Unfrieden gab, weil der Bundesbeamte anderes Gehalt als der Landesbeamte bekam. Denn das Besoldungsgefüge in Bund und Ländern hatte sich aufgrund der Änderungen, die jedes Land im Laufe der Zeit

vorgenommen hat, in Deutschland uneinheitlich entwickelt. Man hielt es daher für notwendig, das Gebiet der Besoldung in die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes einzubeziehen und damit den Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ rechtlich zu verankern.

Als Folge der konjunkturpolitischen Globalsteuerung, die 1969 unter Karl Schiller eingeführt worden ist, wurde der Artikel 74 a GG neu geschaffen, somit eine einheitliche bundesrechtliche Besoldungs-Regelung möglich und damit ein weiteres Auseinanderdriften der Besoldungsentwicklung in Deutschland verhindert.

**Heute nun möchte man mit einer so genannte Öffnungsklausel, den Artikel 74 a GG offenbar ein wenig aufweichen. Ist heute unsinnig, was 1971 sinnig war?**

Die Unitarisierung des Bundesstaates wird heute überwiegend kritisch betrachtet.

Seit 20 Jahren fordern die Ministerpräsidenten – allerdings recht halbherzig und nicht zu laut – die Abschaffung z. B. von Gemeinschaftsaufgaben. Man wolle wieder mehr Wettbewerb zwischen den Ländern – so die offizielle Intonation. Aber das will man eigentlich auch nicht zu konkret, denn die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben bringen den Ländern Bundeshilfe. Und auf dieses Geld wollen die Länder auch nicht verzichten. Außerdem müsste man in jedem Land die Tarifverhandlungen selbst führen. Das ist auch nicht so angenehm. Daher nun der Versuch, eine Regelung durch die Hintertür einzuführen.

Man will alles, entscheidet sich nicht. Schiebt den Wettbewerb vor, wo es um schlichte Sparmaßnahmen geht. Das ist alles sehr unglaubwürdig.

**Welche Folgen einer solchen Öffnungsklausel sehen Sie?**

Die erste Folge wird sein zu prüfen, ob diese Öffnungsklausel überhaupt gesetzesmäßig ist. Man stelle sich vor: in der Begründung der Bundesratsinitiative steht, die Gesetzesänderung sei geboten wegen der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das ist ja wohl eher absurd.

Ich sehe die Risiken des Gesetzesentwurfs vor allem in einer möglichen Rechtszersplitterung, die die gleiche Lage wie vor 1971 hervor bringt: es entsteht wieder Unzufriedenheit ob ungleicher Bezahlung. Und das kann sehr deutliche Auswirkungen auf Motivation und Engagement der Betroffenen haben.

**Ist es Ihrer Ansicht nach vertretbar, Gesetze insbesondere der aktuellen Kassenlage anzupassen?**

Nein. Weil die Sache durch die Hintertür kommt und bemäntelt wird – wie gerade erwähnt z. B. mit den „gleichen Lebensverhältnissen“. Damit fehlt die dringliche sachliche Basis für Gesetzesänderungen.

Aber in diesem Falle ist zusätzlich besonders ärgerlich, dass das Ganze im Rahmen des „Modernisierungsprojektes der bundesstaatlichen Ordnung“ läuft. Man führt also große Worte im Munde und hat in Wirklichkeit nur Spareffekte im Hinterkopf.

Der Griff in die Taschen zur Sanierung der Kassen wird der Politik zur Rechtfertigung vorgehalten.

Das Interview führte  
Marion Tetzner

## Kürzungen bei der Besoldung: 1992 bis 2002

### 1994

- Einfrieren der Sonderzuwendung auf den Stand 1993; Bemessungsfaktor 2001: 86,31 (West); 64,73 (Ost)

### 1997

- Verlängerung der Zeitintervalle für das Aufsteigen in den Stufen (Neuzuschnitt der Grundgehaltstabelle)
- Bezahlung der leistungsorientierten Besoldung (Leistungsprämien, Leistungszulagen, Leistungsstufen) aus dem Neuzuschnitt der Grundgehaltstabelle

### 1998

- Wegfall der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage mit Übergangsregelungen
- Entdynamisierung der Polizeizulage
- Einführung einer Versorgungsrücklage von 0,2%.

## Kürzungen in der Versorgung 1992 bis 2002

### 1992

- Umstellung der Ruhegehaltsskala von der degressiven Staffelung auf das Linearsystem mit jährlich 1,875 % Steigerungssatz
- Verlängerung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit von 35 auf 40 Jahre zur Erreichung des Höchst Ruhegehaltssatzes von 75 %.

### 1997

- Quotelung der Ausbildungszeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeiten bei Teilzeitarbeit und Beurlaubung
- Anerkennung von Ausbildungszeiten nur noch für drei Jahre
- Wegfall des Erhöhungsbetrages von 17,30 DM

- Streichung des Anpassungsschlags (bis zu 4,5 Prozent des Ruhegehalts)

## Besoldungsanpassungen von 1992 bis 2002

Jahr	Linearsatz in v.H.	Sonstige	Inkrafttreten der Linearanpassung	Abkoppelung gegenüber Tarif
1992	5,4	---	1. Mai 1992 (A 1 bis A 12) 1. Juni 1992 (ab A 13)	---
1993	3,0	---	1. Mai 1993	4 Monate
1994	2,0	---	1. Oktober 1994 (bis A 8) 1. Januar 1995 (ab A 9)	3 Monate 6 Monate
1995	3,2	Einmalzahlung für April 140,- DM	1. Mai 1995	---
1996	---	Für A-Besoldete für Mai bis Dezember 300,- DM	---	---
1997	1,3	---	1. März 1997 (A-Besoldete) 1. Juli 1997 (B-Besoldete)	2 Monate 6 Monate
1998	1,5	---	1. Januar 1998	---
1999	2,9	Für A-Besoldete für März bis Mai 300,- DM	1. Juni 1999 1. Jan. 2000 (B-Besoldete)	2 Monate 9 Monate
2000	---	Einmalzahlung an Aktive bis Bes.-gruppe A 11 für September bis Dezember 400,- DM	---	5 Monate
2001	1,8	---	1. Januar 2001	5 Monate
2002	2,2	---	1. Januar 2002	4 Monate

- Berechnung des Ruhegehalts bei vorzeitiger Zuruhesetzung wegen krankheitsbedingter Dienstunfähigkeit nur noch aus der erreichten Stufe des Grundgehalts

### 1998

- Erhöhung der Wartezeit für die Versorgung aus dem letzten Beförderungssamt von zwei auf drei Jahre
- Einführung einer Versorgungsabschlagsregelung von jährlich 3,6 % (max: 10,8 %) bei vorzeitiger Zuruhesetzung wegen krankheitsbedingter Dienstunfähigkeit
- Einführung einer Versorgungsrücklage

### 2001

- Absenkung des Versorgungsniveaus in acht Anpassungsschritten ab 2003 auf 71,75 %
- Senkung der Witwenversorgung auf 55 % für nach dem 31. Dezember 2001 geschlossenen Ehen

## Kürzungen bei Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst

### 1994: Einfrieren der Zuwendung:

	West	Ost
1994:	98,40%	
1995:	95,00%	
1996:	95,00%	
1997:	93,78%	
1998:	92,39%	
1999:	89,62%	
2000:	87,86%	
2001:	85,80%	64,35%

### Zuwendungshöhe in 2002 (85,80%)

Beispiele:

- 1) Vergütungsgruppe VII, 43 Jahre, ledig: 2015,93 Euro (brutto), 1205,71 Euro (netto bei 100 % Zuwendung)  
Zuwendung 85,80%: 1729,67 Euro/1034,50 Euro  
Verlust: 286,26 Euro/171,21 Euro

- 2) Vergütungsgruppe: VIb, 37 Jahre, verh. St. Kl. III, 1 Kind: 2267,89 Euro (brutto), 1766,27 Euro (netto)  
Zuwendung 85,80%: 1945,85 Euro/ 1515,46 Euro  
Verlust: 322,04 Euro/250,81 Euro

- 3) Vergütungsgruppe Vc, 45 Jahre, verh. St. Kl III, 2 Kinder: 2644,37 Euro (brutto), 2109,63 Euro (netto):  
Zuwendung 85,80%: 2268,87 Euro/ 1810,06 Euro  
Verlust: 375,50 Euro/299,57 Euro

### Lohnfortzahlung

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Angestellte, deren Arbeitsverhältnis nach dem 30. Juni 1994 beginnt, wird nach der Lohnfortzahlungsvorschrift für Arbeiter/innen geregelt und beträgt 6 Wochen (bisher bis zu 26 Wochen)

### 1996: Sonderurlaubsregelungen des § 52 BAT wurden neu gefasst

- Niederkunft der Ehefrau von 2 auf 1 Tage verkürzt
- Tod des Ehegatten/Kind von 3 auf 2 Tage verkürzt
- Umzug auswärts von 3 auf 1 Tag verkürzt
- Umzug im Ort gestrichen
- eigene Hochzeit gestrichen
- Streichung eines arbeitsfreien Tages gem. § 15 BAT

### 1998: Zusatzversorgung

Wiedereinführung der Eigenbeteiligung bei der Zusatzversorgung mit 1,25% des gesamtversorgungspflichtigen Entgelts

### 2000: Rentenreform

Absenkung des Rentenniveaus von 70 auf 67%

### 2002: Zusatzversorgung

Anhebung der VBL Zulage auf 1,41%

### 2003:

Ab 1.1. 2003 Erhöhung des Beitragsatzes in der Rentenversicherung auf 19,5 %.

Zusammengestellt von Hans Adams und Alberdina Körner

„Sicher ist nicht nur mein Vertrauen in die Politik und deren verlässliches Handeln im höchsten Maße erschüttert. Von den Polizistinnen und Polizisten wird erwartet, dass sie Tag für Tag motiviert ihren Dienst versehen. Dagegen stehen die massiven finanziellen Einschränkungen bzw. das Abkoppeln von der Einkommensentwicklung der Beschäftigten in der freien Wirtschaft.“

**Elke Gundner-Ede,**  
Niedersachsen

„Wer qualitative Arbeitsleitungen und engagierten Einsatz erwartet, muss auch den Preis dafür zahlen. Sicherheit kostet Geld.“

**Moni Pape,** Thüringen

„Ich fühle mich betrogen. Ich arbeite seit 25 Jahren, beteilige mich an den Sozialsystemen, erfahre nur Rückschläge (Rente, Gesundheitsreform) und jetzt soll ich den Staat sanieren und meinen Besitzstand verlieren. Ich werde um meine Rechte kämpfen.“

**Elisabeth Uzunoglu,**  
Bremen

## EINKOMMENSRUNDE 2002

# Richtig verhandeln wollen die Arbeitgeber nicht

**Zum Auftakt der Tarifverhandlungen für die Einkommensrunde 2002 legten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB am 15. November 2002 in Stuttgart ihre Forderungen vor: die Einkommen sollen um deutlich mehr als drei Prozent steigen, das Tarifniveau in den neuen Ländern soll bis 2007 dem im Westen angeglichen werden. Die Arbeitgeber weigerten sich, im Detail zu verhandeln.**

Die Tarifverhandlungen begannen mit zweieinhalbstündiger Verspätung um 18:30 Uhr. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB begründeten ihre Forderung für die Einkommensrunde 2002, die keinen Spielraum für Rituale lasse.

Dagegen kam von den Arbeitgebern kein Angebot. Sie weigerten sich, dem Austausch von Positionen im größeren Kreis vertiefende Verhandlungen am Abend folgen zu lassen. Statt dessen sprachen sie von Null-

runde, „sonst müssten Stellen abgebaut werden“. Zudem drohten sie mit betriebsbedingten Kündigungen.

Die Forderung der Verhandlungsführung nach zeit- und inhaltlicher Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Beamtinnen quittierte Bundesinnenminister Schily mit dem Bemerkung, dass weder sie noch die Gewerkschaften dafür ein Verhandlungsmandat hätten, und verwies auf das Gesetzgebungsverfahren.

Für die GdP erklärte Bundesvorsitzender Konrad Freiberg am Rande der Tarifverhandlungen: „Seit fast zehn Jahren muss der öffentliche Dienst für Sonderopfer herhalten. Das wird von den Arbeitgebern und in der öffentlichen Diskussion wieder einmal geflissentlich übersehen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben einen gerechtfertigten Anspruch darauf, diesmal den Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung zu finden.“ Dies gelte für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten und auch für die Beamtinnen und Beamten. Deshalb werde sich die GdP massiv gegen die von einigen Ministerpräsidenten angedrohte Öffnungsklausel für den Beamtenbereich wehren.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in DGB betonten ihren Willen, noch vor Weihnachten einen Tarifabschluss zu erreichen. Am 11. Dezember wird im Sondierungskreis weiter verhandelt.

*kör*

## CASTOR-TRANSPORT

# Die Bereitschaft zur Gewalt ist ungebrochen

Der bisher größte Castor-Transport mit insgesamt zwölf Atommüll-Behältern ist Mitte November von den Polizeien des Bundes und der Länder mit rund 16.000 Einsatzkräften sicher ins Zwischenlager Gorleben begleitet worden. Während die friedliche Protestbewegung spürbar an Zulauf verloren hat, ist die Bereitschaft kleiner Gruppen zur Gewalt nahezu ungebrochen.

Sobald der Transport die deutsch-französische Grenze bei Wörth überschritten hatte, wurde er immer wieder Ziel gewalttätiger Aktionen. Blockaden und Anketaktionen fanden im gesamten Bundesgebiet statt, so bei Mannheim, Göttingen und Lüneburg sowie auf der Strecke Lüneburg-Dannenberg in Leitstade und Hitzacker.



**Staatsdiener im Einsatz: mit Heu und Federn mussten sich Polizeibeamte während ihres Einsatzes zum Schutz des bisher größten Castor-Transportes in Dannenberg bewehren lassen.**  
Foto: dpa

Auf der Strecke kurz vor Lüneburg verursachten 39 Personen die Notbremsung eines ICE, der von Polizeikräften, die dabei ihr eigenes Leben riskierten, gerade noch rechtzeitig vor der Blockade gewarnt worden war. Südlich von Nienburg wurden Begleithubschrauber des Bundesgrenzschutzes mit Signalmunition beschossen. Gruppen aus der „harten“ Berliner Szene lieferten der Polizei gewaltsame Auseinandersetzungen, Straßen wurden unterhöhlt und blockiert. Dienstfahrzeuge und private Kraftfahrzeuge von Anwohnern wurden durch Krähenfüße beschädigt. In Erddepots fand die Polizei Schraubenschlüssel, die zum Lösen von Schwellenschrauben an den Bahngleisen geeignet waren.

Nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei hat sich die Sicherheitslage rund um die

Castor-Transporte alles andere als beruhigt. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Trotz der rückläufigen Demonstranzahlen wächst das Potenzial an Gewalt insbesondere durch kleinere Störgruppen, die offenbar zu allem entschlossen sind.“ Bewusst habe man auch Leben und Gesundheit Unbeteiligter in Kauf genommen, wie die erzwungene Notbremsung eines ICE bewiesen habe. Freiberg: „Bei den einzelnen Aktionen gehen Störer davon aus, dass Polizistinnen und Polizisten, die aufs Äußerste attackiert werden, als Lebensretter für absurde Aktionen auf den Gleisanlagen fungieren müssen.“ Auch die tätlichen Angriffe auf eingesetzte Polizeikräfte durch Störgruppen seien ausgesprochen brutal gewesen.

Aus Hamburg ließ die Polizei Lenkradkrallen einfliegen, um Dutzende von Traktoren stillzu-

legen, mit denen weitere Blockaden geplant waren.

### **Kürzungspläne beunruhigen Castor-Einsatzkräfte.**

Unruhe unter den in Niedersachsen beim Castor-Transport eingesetzten Polizistinnen und Polizisten kam auf, als sie mit einer GdP-Flugblatt-Aktion über die geplanten Kürzungen bei den Gehältern sowie beim Weihnachts- und Urlaubsgeld, informiert wurden.

GdP-Vertreter vor Ort berichten, dass die eingesetzten Kräfte dagegen protestieren, trotz der wachsenden Arbeitsbelastung erneut finanzielle Einbußen hinnehmen zu müssen. Spontan habe sich eine Initiative unter dem Motto „Jetzt stellen wir uns quer“ gebildet, die den Protest der Polizistinnen und Polizisten

#### **Udo Langenkamp, Bundesgrenzschutz**

„Wenn ich das GdP-Flugblatt über die von den Ländern geplante Öffnungsklausel lese, werde ich wütend. Das ist für mich der größte Vertrauensbruch des Dienstherrn gegenüber den Beamten seit die Bundesrepublik gegründet worden ist. Das muss unseren erbitterten Widerstand herausfordern! Die Politiker sollten sich überlegen, ob sie das wollen.“





Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg (r.) läßt sich das Betreuungskonzept für die Kolleginnen und Kollegen erläutern; links daneben Helge Pohl und Peter Stamm. Foto: Holecek

durch Deutschland tragen soll. Unterstützt wurde die GdP-Aktion durch Castor-Einsatzleiter Reime, der es per „Tagesbefehl“ den Einsatzkräften untersagte, die von der GdP in Umlauf gebrachten Aufkleber mit dem Slogan „Jetzt stellen wir uns quer!“ auf Uniformen oder Dienstfahrzeuge zu kleben. Zwar begrüßten viele Beamtinnen und Beamte der Polizeien der Länder

und des Bundes die GdP-Initiative, so Reime, jedoch sei der Slogan „wegen der Assoziationen zu den Parolen der Protestbewegung als extrem kontraproduktiv zu bewerten.“ Daraufhin musste der den Einsatz begleitende GdP-Vorstand mehrere tausend Aufkleber wegen der großen Nachfrage per Kurier nach Gorbelen nachliefern lassen.

hol

## CastoriX und SMS gegen Info-Lücken

Immer wieder beklagen sich bei Großeinsätzen eingesetzte Kolleginnen und Kollegen darüber, dass sie über das Gesamtlagebild von Seiten der Einsatzleitung schlecht informiert würden. Die Informationen rund um den Einsatz auf sogenannten Info-Kanälen flössen spärlich. Gegen diesen dienstlichen Mangel beim Castor-Einsatz, hatte der Bezirk Bundesgrenzschutz der GdP einen SMS-Service eingerichtet, den der stellvertretende Vorsitzende des BGS-Hauptpersonalrats, Martin Schillf redaktionell betreute. Bis zu vier SMS täglich sandte er während des Castor-Einsatzes vor Ort an die rund 3.000 Teilnehmer dieses schnellen Nach-

richtendienstes. Auf ihren Handys fanden die Kolleginnen und Kollegen dann eine bunte Mischung von Informationen: Störrlagen, den jeweiligen Standort des Zuges, erledigte Beschwerden, Dienstlich-Soziales, Fußballergebnisse und immer ein freundliches „Guten Morgen!“ Das Betreuungsteam aus Nordrhein-Westfalen versorgte die Einsatzkräfte mit „CastoriX“, der aktuellen Einsatz-Zeitung aus der Feder von Guido Karl. Auch hier gelang der Redaktion eine Mischung aus Aktuellem und Berichtenswertem rund um den Einsatz mit Humor, nützlichen Tipps bis hin zum täglichen Essensplan.

hol

### Siegfried Groß, Nordrhein-Westfalen

„Ich weiß nicht, ob in dieser Deutlichkeit überhaupt bekannt ist, was für Möglichkeiten die Länder in die Hände bekommen, wenn sie mit ihrer Bundesratsinitiative Erfolg haben. Wir sind hier beim Castor mit rund 16.000 Kolleginnen und Kolle-



gen aus allen Bundesländern und des BGS eingesetzt. Länderübergreifende Großlagen gehören mittlerweile zum Alltagsgeschäft. Da stehen wir in den Einsätzen sozusagen Hintern an Hintern, lassen uns mit Mist bewerfen und derjenige aus einem „armen“ Bundesland bekommt dafür möglicherweise 250 Euro weniger. Das trägt nicht zur Steigerung des Solidaritätsgefühls bei und demotiviert. Das müssen wir auf jeden Fall verhindern. Bei der Polizei ist die Solidarität noch sehr groß, weil die Einsätze das auch erfordern. Wenn es oft eng auf eng geht, muss ich mich auf jeden Kollegen und jede Kollegin verlassen können.“

### Karl-Eugen von Burkner, Bundesgrenzschutz

„Die Kolleginnen und Kollegen sind sehr sauer über das, was hier geplant ist. Seit Jahren sind es die Beamtinnen und Beamten, die sich mit immer weniger zufrieden geben müssen, weil ihre Arbeitsplätze angeblich so sicher sind. Wer das ständig betont, der



solte sich hier einmal nachts in den Wald stellen und sich von Chaoten angreifen lassen, nach 30 Stunden Dienst in einem Blechcontainer schlafen, um dann am nächsten Morgen im Einsatz wieder mit Mist beworfen zu werden.

Was die Ministerpräsidenten der Länder vorhaben, ist ein Schlag ins Gesicht aller Kolleginnen und Kollegen, die auch hier wieder beim Castor-Einsatz ordentlich und engagiert ihre Arbeit machen.“

Lutz Heise, Mecklenburg-Vorpommern

„Alle Kolleginnen und Kollegen, die hier am Castor-Einsatz beteiligt sind, machen ihre Arbeit vernünftig. Nicht nur hier, sondern auch im alltäglichen Einsatz halten sie für die



Sicherheit der Bürger – auch der Politiker – ihren Kopf hin, oft unter Einsatz ihres Lebens, was die Zahl der im Dienst getöteten Polizistinnen und Polizisten zeigt.

Was die Bundesländer mit der sog. Öffnungsklausel vorhaben, ist doch sehr durchsichtig: jedes Land soll unsere Gehälter selbst festlegen können. Wo wir in Mecklenburg-Vorpommern dann landen, können wir uns jetzt schon denken – irgendwo ganz unten, am Ende der Einkommensskala.

Wenn wir dann von solchen Großeinsätzen wie diesem Castor-Einsatz zurückkommen und auf unsere Gehaltsstreifen gucken, fragen wir uns: Wieso? Wir haben doch die gleiche Arbeit gemacht! Dann kommt der große Frust.“



# „Angriffe auf Polizisten sind Angriffe auf die Gesellschaft“

**Das dritte Seminar im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“ fand nicht von ungefähr in Roskilde, in der Nähe der dänischen Hauptstadt Kopenhagen statt. Die skandinavischen Polizeigewerkschaften, die das Seminar für die Internationale Union der Polizeigewerkschaften (UISP) unmittelbar vor deren Außerordentlichen Kongress ausrichteten, wollten damit das Augenmerk auf eine „Spezialität“ der Kriminellszene in Nordeuropa lenken: Einschüchterung und Bedrohung von Polizei und Justizbeschäftigten, sowie von Zeugen. Ein bei einem Bombenattentat erblindeter Kollege gab ein erschütterndes Zeugnis davon, dass derlei Bedrohungen sehr real sind.**

Jan Karlsen, Vorsitzender der Vereinigung Skandinavischer Polizeigewerkschaften, wurde gleich zur Eröffnung des Seminars deutlich: „Angriffe auf Polizisten sind Angriffe auf die Ge-

sellschaft.“ Heftig kritisierte er die Tendenz schwedischer Gerichte, Angriffe auf Polizisten mit dem Argument zu bagatellisieren, wonach Gewalt und Aggressionen zu erleiden, zum Berufs-

risiko des Polizisten gehöre. UISP-Präsident Hermann Lutz wies darauf hin, dass Gewalt ein zunehmendes Phänomen in Europa sei. EU-weit verzeichne man seit 1990 einen Anstieg der Gewaltdelikte um rund 20 Prozent. Als „völlig verfehlt“ wies er den in Öffentlichkeit und Medien immer wieder einmal vorgebrachten Vergleich zu anderen gefahrgeneigten Berufen zurück: „Bei der Polizei geht es um bewusste, gefährliche Angriffe, nicht um Unfälle.“

---

## Gewalttätigkeit verhindert Aussagen

Troels Ørting Jørgensen, Detective Chief Superintendent

beim Nationalen Polizeiamt Dänemarks, erklärte, dass sich die skandinavischen Länder noch wie auf einer Insel gefühlt hätten, als im übrigen Europa organisierte Kriminalität und Terrorismus bereits zahlreiche Opfer und riesige Schäden verursacht hätten. „Das ist jetzt anders.“ Zwar seien die Verhältnisse bei weitem nicht so krass wie in Südafrika, wo jährlich rund 170 Polizisten getötet würden, aber er sehe schon, dass die Gesellschaft aus dem Gleichgewicht gerate. Die Organisierte Kriminalität betreibe einen „kriminellen Supermarkt“, alles, was Geld bringe, würde gemacht. Da gelte es, das Geschäft zu schützen. Die Folge seien Bedrohung, Einschüchterung, Korruption und



**Ein beklemmender Vortrag: Der durch eine Bombenfalle erblindete schwedische Kollege Dan Lindgren (l.); im Hintergrund ein Pressefoto, das ihn schwer verletzt unmittelbar nach dem Anschlag zeigt.**

Infiltration. „Gewalttätigkeit verhindert Aussagen“, stellte der Kollege nüchtern fest. In Dänemark gebe es den anonymen Zeugen nicht, weil dem nach Auffassung der politischen Mehrheit die europäische Menschenrechtskonvention entgegenstehe. Anzuführen ist, dass es in Schweden keine Zeugenschutzprogramme gibt.

Dafür gibt es handfeste Angriffe auf Polizisten. In Dänemark registrierte man seit Jahresbeginn 2002 knapp 1.100 Angriffe auf öffentlich Bedienstete, davon 213 auf Polizisten.

### **Höheres Terrorrisiko durch Festnahme**

Mitten in der hohen Politik fühlten sich die Seminarteilnehmer beim Vortrag von Hans Jørgen Bonnichsen, Detective Commander beim Nationalen Polizeiamt, dem Chef des polizeilichen Nachrichtendienstes Dänemarks. In der

Nacht zuvor sei in Kopenhagen der prominente tschetschenische Politiker, Achmed Sakajew, unter Terrorverdacht festgenommen worden. Vorausgegangen war nach seiner Schilderung ein mehrtägiges diplomatisches Ping-Pong-Spiel mit der russischen Regierung. Erst habe Moskau um die Festnahme ersucht, dann habe die dänische Regierung Beweismaterial verlangt, und dies sei sozusagen schein-

barerweise nachgereicht worden, bis es endlich nach dänischem Recht für eine Festnahme ausgereicht hätte.

Bonnichsen stellte diese Nachricht in einen Zusammenhang mit anderen Ereignissen. „Diese Festnahme bedeutet für Dänemark ein höheres Terrorrisiko, ähnlich wie nach der Festnahme eines dänischen Bürgers als Al-Qaida-Kämpfer in Afghanistan.“ Er selbst habe diesen dänischen Staatsbürger in dem US-Gefangenenlager auf Kuba verhört. Seine Schlussfolgerung: „Terroristen sind uns so nahe gekommen, dass sie unser Leben beeinflussen.“

Für ihn sei das Datum des Mauerfalls am 9. November 1989 genauso wichtig wie das Datum der Terroranschläge vom 11. September 2001: „Wir haben nach dem Mauerfall geglaubt, dass die Welt sicherer wird. Aber man hat uns beispielsweise Afghanistan überlassen, gleichzeitig ein gan-

zes Heer von Religionskriegen, für die Fundamentalisten Tausende junger Menschen in die Ausbildungslager locken.“ Die ideologische Indoktrination gehe dort soweit, dass man schon von „Gehirnwäsche mit sich selbst“ reden könnte. Das Ergebnis sei die Bereitschaft zu Selbstmordaktionen.

Der dänische Kollege hob die Bedeutung der Aufklärung von Finanzquellen des Terrors hervor. Als Beispiel zeigte er das in Dänemark dem Nachrichtendienst bekannte Netzwerk vor, wonach es nach Somalia Finanzströme von 101 Mrd. Dänischen Kronen (ca. 143 Mio. Euro) über Mittelsmänner gebe.

### **Medienverantwortung**

Schon fast philosophischer Art war seine Frage, wer eigentlich wen inspiriere: die Terroristen Öffentlichkeit und Medien oder umgekehrt Medien und Öffentlichkeit die Terroristen. Als Beispiel verwies er auf die Hysteriewelle nach dem Bekanntwerden von Anthrax-Anschlägen in den USA: „Wo auch immer ein Pulver gefunden wurde, alles wurde dicht gemacht.“ Sein spöttischer Kommentar: „Erstaunlich, wie viel Schnelldenker es gibt, die alles wissen, kaum dass das Problem aufgetaucht ist.“ Die Reaktion von Polizei und anderen Behörden auf die Befürchtungen zu dieser Form des Bio-Terrors habe Unsummen gekostet. Sein Fazit: „Man sollte nicht noch selbst dazu beitragen, dass sich Furcht verbreitet.“ Denn: „Osama Bin Laden will sicherlich die westliche Welt überwinden, aber die Frau Ulla Jensen, dritter Stock links in Kopenhagen, ist nicht sein Ziel.“

Irwing Montgomery, Vorsitzender der Police Federation from Northern Ireland, beleuchtete das tägliche Leben der Polizisten in Nordirland, wo es seit über 33 Jahren Terrorismus gibt. Während dieser Zeit fielen 302 Polizistinnen und Polizisten dem Terror zum Opfer. Viele Polizistenfamilien seien Anfein-

---

## INTERNATIONALES

dungen und Einschüchterungen ausgesetzt, es gäbe Brandanschläge auf die Wohnungen, so dass häufig nichts anderes übrig bliebe, als umzuziehen. Gleichwohl, so bewies er auch anhand eines mitgebrachten Videos, empfänden die Kolleginnen und

Nacht, als ein Präzisionsschütze der Polizei einen der Täter im Fluchtfahrzeug tödlich traf.

Die Kollegin blieb körperlich unverletzt, von ein paar Schrammen abgesehen. Ausdrücklich hat sie die psychologische Nachbehandlung gelobt, aber heute



**Die norwegische Kollegin Svanhild Korsnes Teigen schilderte ihre Erlebnisse als Geisel nach einem Postraub.** Fotos: W. Dicke

Kollegen Stolz, ihren Beruf auszuüben.

---

### Polizistin als Geisel genommen

Geradezu beklemmend wurde es auf dem Seminar, als die norwegische Kollegin Svanhild Korsnes Teigen und der schwedische Kollege Dan Lindgren ihre persönlichen Erlebnisse schilderten:

Die norwegische Kollegin war am 28. September 1994 im Rahmen einer Fahndung nach Posträubern den Tätern in die Hände gefallen und als Geisel genommen worden. Die Drohung, sie zunächst ins Bein zu schießen, um sie dann vollends zu töten, scheiterte an der Ladehemmung der Waffe. Später wurde die Drohung wiederholt, als die beiden Täter die Dienstwaffe der Kollegin gefunden hatten. Sie musste ihre Uniform ausziehen, die die Täter unter sich aufteilten, um die Polizei zu täuschen. Schließlich wurde noch ein weiterer Kollege als Geisel genommen, als er der Forderung nach Lieferung einer frischen Batterie für das Funkgerät nachkommen wollte. Das Martyrium endete nach mehr als einer

noch kann sie sich im Fernsehen keinen Krimi ansehen, wo geschossen wird. Sie ist immer noch bei der Polizei, aber bestimmte Einsätze werden ihr erspart.

---

### Bombenopfer

Der schwedische Kollege Dan Lindgren aus Malmö schilderte, wie er am 1. Juli 1999 Opfer einer Bombenfalle wurde. Zusammen mit einem Kollegen wurde er über einen Anruf auf der Leitstelle zu einem angeblich gestohlenen Auto gelockt. Als er die Tür öffnete, explodierte die Bombe im Fahrzeug. Als Folge verlor der Kollege das Augenlicht. Ein Tatverdächtiger wurde ermittelt. Nach eigenem Geständnis handelte es sich um eine „Aufnahmeprüfung“. Die schwedische Gruppe der Hell's Angels hatte nach seinen Angaben von ihm die Tötung von Polizisten verlangt. Die Bombenfalle war dann seine Idee.

Auch Dan Lindgren arbeitet weiter bei der Polizei, und zwar an einem eigens eingerichteten, blindengerechten Schreibtisch: „Ich kann nicht akzeptieren, dass ich blind geworden bin, aber ich muss damit leben.“ **W.D.**

# Gütesiegel für Hochschule der Polizei

**Eine Art Gütesiegel soll die künftige Deutsche Hochschule der Polizei auszeichnen. Damit soll bei der Umwandlung der derzeitigen Polizei-Führungsakademie (PFA) in eine Hochschule die wissenschaftliche Anerkennung sicher gestellt werden.**

Diese Ankündigung machte PFA-Präsident Klaus Neidhardt Ende Oktober 2002 bei seinem ersten Treffen mit GdP-Vertretern seit seinem Amtsantritt im Sommer 2002.

Gerade die GdP hatte den schwierigen Weg zur Umwandlung in eine Hochschule sehr engagiert unterstützt. Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg und der stellvertretende Vorsitzende Heinz Kiefer betonten dies auch noch einmal gegenüber dem neuen Präsidenten: „Die Deutsche Hochschule der Polizei ist nicht nur im Hinblick auf Aufgabe und Qualifizierung des polizeilichen Führungsnachwuchses notwendig, sie steht auch für den Stellenwert der gesamten Polizei im Ansehen der Gesellschaft.“ Im Übrigen gebiete auch der Vergleich zur Mehrzahl der europäischen Länder den Status einer wissenschaftlich

anerkannten Hochschule. Der Wissenschaftsrat, der im Auftrag der Kultusministerkonferenz tätig ist, möchte sich nun vergewissern, dass die geplante Deutsche Hochschule der Polizei den für eine Hochschule üblichen Ansprüchen genügt.

Helfen soll dabei ein Akkreditierungsverfahren, das bei erfolgreicher Prüfung praktisch einem Gütesiegel gleich kommt. Ein solches Verfahren sei durchaus üblich, erläuterte der Ständige Vertreter des PFA-Präsidenten, der Leitende Polizeidirektor Wolfgang Birkenstock. Der Akkreditierungsrat hat in den rund vier Jahren seines Bestehens bereits mehr als hundert Institutionen geprüft.

Die Hochschule soll – vergleichbar mit internationalen Standards – zu einem Masterabschluss führen (entsprechend die Fachhochschulen zu einem Bachelorabschluss).

Der Gesetzentwurf über die Deutsche Hochschule der Polizei soll im kommenden Winter in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht werden. Daran schließt sich ein voraussichtlich etwa zweijähriges Verfahren der Zustimmung der übrigen Länder und des Bundes an.

*W.D.*



**v. l.: Wolfgang Häseker, Regierungsdirektor, Heinz Kiefer, stv. Bundesvorsitzender der GdP, Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der GdP, Klaus Neidhardt, Präsident der PFA, Wolfgang Birkenstock, Leitender Polizeidirektor, Dr. Wolfgang Kokoska, Regierungsdirektor, Kreisgruppenvorsitzender der GdP, während des Treffens an der PFA. Foto W. D.**



# Verfahren gegen das Versorgungsänderungsgesetz 2001

**Gegen das Versorgungsänderungsgesetz 2001 soll nach dem Willen des Bundesvorstandes geklagt werden. Allerdings soll das Verfahren erst dann eingeleitet werden, wenn durch die Absenkung des Versorgungsniveaus Betroffenheit hergestellt ist.**

Der Bundesvorstand hatte in seiner Februar-Sitzung diesen Jahres beschlossen, juristische Schritte gegen das Versorgungsänderungsgesetz 2001 zu unternehmen. Mit zwei Musterprozessen – zum einen gegen die allgemeine Absenkung des Ruhegehaltsniveaus, zum anderen gegen die Absenkung des Niveaus der Witwenversorgung – sollte mit Rechtsschutz der GdP bis zum Verfassungsgericht geklagt werden.

Gemeinsam mit den anderen ÖD-Gewerkschaften wurde Verständigung darüber erzielt, die Musterverfahren erst dann einzuleiten, wenn mit der nächsten Versorgungsanpassung eine Absenkung des Versorgungsniveaus erfolgt. Ein Gang nach Karlsruhe vor diesem Zeitpunkt berge das Risiko einer Nichtannahme und Zurückweisung durch das Bundesverfassungsgericht in sich, begründete der Bundesvorstand seine Vorgehensweise. Den übrigen Betroffenen sollte zu gegebener Zeit eine Handlungsanweisung an die Hand gegeben werden, dies allerdings vor dem Hintergrund, dass der Bundesvorstand die Rechtsschutzkosten nur für die beiden Musterverfahren finanzieren wird.

Da die Tarifrunde 2002 / 2003 eingeläutet worden ist, wird im Frühjahr nächsten Jahres mit der zu erwartenden Versorgungsanpassung ein Handeln aller Betroffenen erforderlich. Dies insbesondere vor den Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom November 1998 zur Kinderalimantation, wonach Betroffene bei positivem Ausgang eines Musterverfahrens nur noch dann rückwirkend berücksichtigt werden, wenn sie Klage erhoben haben bzw. ihr Widerspruch noch nicht endgültig beschieden ist.

Grundsätzlich sind zwei Fallgruppen zu unterscheiden:  
a) die Bestandspensionäre  
b) die Neupensionäre (versorgungsnahe Jahrgänge)

**Zu a)** Bestandspensionäre werden mit der nächsten Versorgungsanpassung von ihrer Bezügestelle eine Versorgungsmitteilung erhalten. Darin wird dokumentiert sein, dass die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge vervielfältigt mit dem Anpassungsfaktor faktisch zu einer Absenkung des Ruhegehaltsniveaus führen. Dieser Versorgungsmitteilung müssen Bestandspensionäre begegnen, indem sie einen Antrag auf Zahlung der Versorgungsbezüge auf der Grundlage des Versorgungsrechts vor Inkrafttreten des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 stellen. Ein **Musterantrag** kann bei den zuständigen Landesbezirken angefordert werden. Wird dieser Antrag abschlägig mit Rechtsbehelfsbelehrung beschieden, ist Widerspruch zu erheben. Auch hierzu kann ein **Musterwiderspruch** bei den zuständigen Landesbezirken angefordert werden. Bei

Ablehnung des Widerspruchs muss Leistungsklage vor dem Verwaltungsgericht erhoben werden. Alternativ könnte bei den Bestandspensionären ein direkter Eingriff des Versorgungsänderungsgesetzes in Grundrechte gegeben sein, so dass zu diesem Zeitpunkt die Einlegung möglicher Verfassungsbeschwerden zu prüfen ist.

**Zu b)** Für die nach dem 31. Dezember 2002 eintretenden Versorgungsfälle bedarf es der Festsetzung der Höhe des Ruhegehalts mittels eines Bescheides. Dieser wird beinhalten, dass das Ruhegehalt durch die Anwendung des Anpassungsfaktors auf die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge sich gegenüber dem bisherigen Versorgungsrecht vermindert. Gegen diesen Versorgungsbescheid müssen Betroffene Widerspruch einlegen. Dies gilt im besonderen für Witwen (Witwer), deren Versorgungsbezüge nach dem Niveau 55 % (statt bisher 60 %) berechnet wurde. Ein **Musterwiderspruch für Neupensionäre** kann wiederum bei den zuständigen Landesbezirken angefordert werden. Wird der Widerspruch abschlägig beschieden, ist Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht zu erheben.

Die GdP hofft gemeinsam mit den anderen ÖD-Gewerkschaften, dass es gelingt, bereits beim Dienstherrn eine Aussetzung der Verfahren zu erreichen. Die bisherigen Signale zeigen ein unterschiedliches Bild. Vielleicht lässt sich der Arbeitgeber erst dann dazu bewegen, wenn die von den Gewerkschaften angekündigte Flut von Widersprüchen eintrifft.

H.J.A.



# Großes Interesse an GdP-Rente

**In der Juli-Ausgabe der DP wurde die GdP-Rente als eine Antwort auf die Riester-Lücke vorgestellt. Die Resonanz war gewaltig. Im folgenden Interview gibt Bundeskassierer Andreas Schuster der Redaktion in einem Interview einen Überblick über den gegenwärtigen Stand:**

### Wie haben die Kolleginnen und Kollegen bisher auf das GdP-Angebot reagiert?

Nachdem wir die GdP Rente in aller Ausführlichkeit in der DP erörtert haben und alle unsere betroffenen Mitglieder im Rahmen einer Mailingaktion von ihrem jeweiligen Landesbezirk direkt informiert wurden, sind rund 9.000 konkrete Anfragen eingegangen. Nach eingehender Beratung über die staatlichen Zulagen sowie über die Vorteile der GdP-Rente haben bereits zahlreiche Kolleginnen und Kollegen die Chance genutzt, ihre Altersversorgung zu optimieren und der GdP-Rente ihr Vertrauen geschenkt.



**Auch wenn die GdP-Rente von den Kolleginnen und Kollegen sehr positiv aufgenommen wurde – nach den letzten statistischen Erhebungen sind in Deutschland immer noch 9 von 10 Berechtigten ohne Riester-Vorsorge, woran liegt das?**

Lange Zeit war sehr viel Informationsunsicherheit zum Thema „Riester-Rente“ festzustellen: die Medien berichteten umfangreich aber mit unterschiedlichen Ergebnissen. Verbraucherschützer rieten, zunächst auf die Untersuchungen der Stiftung Warentest zu warten. Auch die Gewerkschaften baten um Zurückhaltung bis entsprechende Vorsorgekonzepte entwickelt waren, die von ihnen unterstützt werden konnten.

Nicht zu unterschätzen war in diesem Zusammenhang die Bundestagswahl. Die Union hatte angekündigt, nach einem Wahlsieg die Förderung zur privaten Altersvorsorge völlig umzukrempeln.

Inzwischen hat sich aber die Informations- und Meinungswelt erheblich verändert:

- Die neue Regierung ist die alte und will nichts an der Förderung der privaten Altersvorsorge ändern.
- Die Gewerkschaften bieten exklusive und zertifizierte Angebote zur Nutzung der staatlich geförderten Altersvorsorge aktiv an.
- Die Medien insbesondere die Stiftung Warentest – kommen zu dem Ergebnis: die Riester-Rente lohnt sich!

Neueste Umfragen zeigen, dass sich das Verhalten der Bundesbürger zur Riester-Rente zunehmend verändert: die Zahlen der unter Dach und Fach gebrachten Riesterverträge steigt bei den Anbietern in neuester Zeit deutlich an.

### Wie liegt die GdP-Rente im Vergleich zu anderen gewerkschaftlichen Vorsorgekonzepten?

Alle gewerkschaftlichen Altersvorsorgekonzepte basieren auf einer sog. „Kollektivkalkulation“ und nutzen damit Vergünstigungen, die im Einzelgeschäft nicht erreichbar sind. Zusätzlich wird auch an den Vertriebskosten gespart. Insofern ergeben sich keine größeren Differenzen. Dabei ist das Vergleichen häufig gar nicht so einfach: manche Anbieter berücksichtigen beispielsweise einzurechnende Kinderzulagen sehr unterschiedlich. Dadurch erreichen Angebote, bei denen die Kinderzulagen pauschal bis zum Ende der gesamten Ansparphase (60. bis 65. Lebensjahr) eingerechnet werden, zwar eine entsprechend höhere Rente, sind aber schlichtweg falsch, weil die Kinderzulagen – als Teil der Riester-Förderung – natürlich nur solange gezahlt werden, wie Anspruch auf Kindergeld besteht.

### Wie verhält sich hierzu die GdP-Rente?

Um eine möglichst exakte Rentenhöhe zu errechnen, berücksichtigen alle Angebote zur GdP-Rente die Kinderzulage bis zum 18. Lebensjahr des Kindes. Nur bei einer zu erwartenden längeren Ausbildungszeit kann die Berücksichtigung der Kinderzulage individuell bis maximal zum 27. Lebensjahr (i.d.R. Ende des Anspruchs auf Kindergeld) verlängert werden.



Unser Gesprächspartner:  
Andreas Schuster

### Gibt es Zusatzleistungen bei der GdP-Rente?

Es gibt für alle GdP-Mitglieder während der Ansparphase noch eine zusätzliche Leistung: bei Invalidität aufgrund eines Unfalles weltweit werden bis zu 6.000 Euro gezahlt. Bei gewaltsamem Tod im Dienst durch die vorsätzliche Straftat eines Dritten wird ein Betrag von 15.000 Euro bereit gestellt. Das ist die beitragsfreie Zusatzleistung für GdP-Mitglieder, die nur im Zusammenhang mit der GdP-Rente zu haben ist.

### Was kann man den Kolleginnen und Kollegen aktuell raten?

1. Wer seine Riester-Förderung haben will, muss einen entsprechenden Riester-Vertrag abschließen.
2. Kolleginnen und Kollegen, die der Pensionsgrenze bereits etwas näher gerückt sind, sollten sich ebenfalls informieren. Die

lukrative Förderung (Zulagen und Steuerersparnis) können diese Kolleginnen und Kollegen selbstverständlich noch voll für sich ausschöpfen. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass unser Kooperationspartner attraktive Angebote vorhält, wenn die GdP-Rente nicht mehr vereinbart werden kann. Das sind zum einen der GdP-Vorsorge-sparplan (Banksparplan mit einem um 0,25% höheren Zinssatz gegenüber dem Normalangebot) und zum anderen der GdP-Generationsplan (Fondsanlage mit reduziertem Ausgabeaufschlag).

3. Wer sich für die GdP-Rente entscheidet, sollte noch in diesem Jahr und für dieses ganze Jahr abschließen, damit die Förderung für 2002 voll erhalten bleibt. Bei einem späteren Beginn ginge nicht nur die Förderung für das Jahr 2002 unwiederbringlich verloren, auch die Rentenleistung würde sich reduzieren. Das kann durchaus um die 20 Euro betragen – und das Monat für Monat, lebenslang.

4. Einem Abschluss sollte unbedingt eine individuelle Prüfung und Beratung vorausgehen!

### Das alles bedeutet konkret?

Die Notwendigkeit, die Attraktivität und der Renditeeffekt der Riesterrente wird nicht mehr in Frage gestellt – in besonderem Maß gilt das für unsere GdP-Rente. Und angesichts des immer näher kommenden Jahresendes wächst die Bereitschaft zum Handeln nachhaltig.

Der zunehmend feststellbare Meinungsumschwung bei den Bundesbürgern könnte noch den Startschuss geben für ein „Riester-Rennen“ kurz vor dem Ablauf des ersten Förderungs-jahres.

Ich kann nur nochmals alle Kolleginnen und Kollegen dringend dazu aufrufen, ihre staatliche Förderung mit den GdP-Produkten vorteilhaft zu nutzen, um die entstandene Riester-Lücke auszugleichen. Und dies möglichst schnell, denn das Jahresende 2002 naht unaufhaltsam.

Informationen:

E-Mail: [gdp-rente@pvag.de](mailto:gdp-rente@pvag.de)  
Telefon: 02 31 / 1 35 75 70

# EuroCOP will in Europa für Polizeibeschäftigte sprechen



**Aus der bisherigen Union der Polizeigewerkschaften (Union des Internationale des Syndicats de Police UISP), ist Ende Oktober 2002 bei einem Außerordentlichen Kongress in Roskilde, 40 km westlich von Kopenhagen, die European Confederation of Police (EuroCOP) geworden. Dies bedeutet einen Zuwachs von 18 auf 25 Berufsorganisationen der Polizei mit insgesamt über 500.000 Polizeibeschäftigten, also eine deutliche Stärkung für die Interessenwahrnehmung auf europäischer Ebene.**

Auch bei Polizeigewerkschaften ist es wie im richtigen Leben; erst verbindet man sich, dann geht man eigene Wege, und schließlich findet man wieder zusammen

In den 70er Jahren waren die Berufsorganisationen der Polizei aus England, Schottland und Nordirland zur UISP gekommen. Auf dem UISP-Kongress 1992 in Spanien waren sie wieder ausgetreten, weil sie andere Vorstellungen von der Lobbyarbeit gegenüber EU-Institutionen hatten. Sie bildeten zusammen mit Polizeigewerkschaften aus Dänemark, Belgien, Republik Irland und Katalonien (Spanien) eine eigene Dachorganisation, das

„Standing Comitee of Police in Europe (SCOPE)“.

## Ziel: einheitliche Vertretung in Europa

Die UISP und die in ihr zusammengeschlossenen Polizeigewerkschaften beschlossen auf dem Kongress 1995 in Griechen-

land, die Aufspaltung der Interessenvertretungen zu überwinden und eine einheitliche gewerkschaftliche Vertretung der Polizeibeschäftigten in Europa zu schaffen. Für Europa gilt nämlich das selbe wie für die nationale Ebene: Aufsplitterung schadet den eigenen Interessen, sie dient allein den Regierungen.

Die Zielsetzung des Beschlusses von 1995 wurde noch einmal auf dem UISP-Kongress 1998 in Berlin bekräftigt. Im Frühjahr 2001 wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern von UISP und SCOPE gebildet, die ein Konzept für die Neuausrichtung einer europäischen Dachorganisation von Gewerkschaften und Berufsvertretungen der Polizei erarbeiten sollte. Die Lösung sah so aus, dass sich die UISP einen neuen Namen und eine neue Satzung geben sollte. Besonderer Wert wurde darauf gelegt, dass die Organe der neuen Organisation straff bemessen sein sollten, um einerseits möglichst effektiv arbeiten zu können und andererseits auch im Hin-



**Die entscheidende Abstimmung: Die deutsche Delegation stimmt der Umwandlung der UISP zur neuen Organisation EuroCOP zu.**

Fotos: (3) W. Dicke



blick auf die EU-Erweiterung nicht aus den Nähten zu platzen.

Gerade der letztere Punkt hat es in sich: die Perspektive der EU-Erweiterung führt letztlich zu über hundert Berufs-Organisationen der Polizei aus 43 Ländern, die – so der Wunsch – möglichst alle unter dem Dach der neuen Organisation EuroCOP vereinigt werden sollen.

### Außerordentlicher UISP-Kongress

Auf dem Außerordentlichen UISP-Kongress in Roskilde warb der Präsident Hermann Lutz eindringlich für die Neuorganisation EuroCOP: „Wir brauchen ein starkes Gegengewicht gegen die öffentlichen Arbeitgeber. Wollt ihr erst in der Zeitung lesen, was in Brüssel in Sachen Polizei ent-



**Das jetzt fünfköpfige Führungsgremium von EuroCOP (von links: Clint Elliott, Gunnar Andersson, Hermann Lutz, Heinz Kiefer und José Antonio Rodriguez.**

schieden wurde?“ Das Problem verschärfe sich von Jahr zu Jahr. Lutz: „Immer mehr Themen der Polizei, die Rückwirkungen auf die nationale Ebene haben, wer-

den im Rat für Justiz und Inneres oder in der EU-Kommission vereinbart, ohne dass es irgendeine gewerkschaftliche Beteiligung gegeben hat. Das muss sich

ändern.“ Als Beispiele nannte der UISP-Präsident die Aufstellung der 5.000-Mann-Truppe Polizei für das zivile Krisenmanagement der EU, die Erweiterung des Mandats für Europol, die Bildung der EU-Grenzpolizei und die Europäische Polizeiakademie CEPOL.

Weniger das generelle Ziel als eine aus ihrer Sicht nicht ausreichende Repräsentanz der nationalen Mitgliedsorganisationen in den Organen von EuroCOP hatten insbesondere die mediterranen Polizeigewerkschaften veranlasst, Änderungswünsche zu den neuen Statuten anzumelden. Dieses Begehren macht am Beispiel der Polizeigewerkschaften die in Europa unterschiedlichen Auffassungen von Demokratie und Effizienz der Arbeit deutlich. Während für die Gewerkschaftsvertreter aus Nord- und Mitteleuropa der Effizienzgedanke im Interesse rascher Interessenver-



**In einer eindringlichen Rede warb UISP-Präsident Hermann Lutz für die Zukunft der gewerkschaftlichen Vertretung der Polizei in Europa, die nur EuroCOP heißen könne.**

treten im Vordergrund stand, sahen die Kollegen (Kolleginnen waren übrigens nicht zugegen)

aus Südeuropa genau darin einen Mangel an Demokratie.

Dies zeigte sich auch bei der Abstimmung über die neuen Statuten, bei der eine 2/3-Mehrheit erforderlich war. Mit 89:38 Stimmen wurden die neuen Statuten angenommen – genau vier Stimmen sicherten die erforderliche Mehrheit.

---

### **EuroCOP-Kongress**

Unmittelbar an den Außerordentlichen UISP-Kongress schloss sich der erste EuroCOP-Kongress an, an dem bereits die Delegierten der neu hinzugekommenen Organisatio-

nen teilnahmen. Das bisherige vierköpfige Präsidium, das sich künftig Exekutivkomitee nennt, wurde um eine Position erweitert. Hinzugewählt wurde der Kollege Clint Elliott, Generalsekretär der Police Federation of England and Wales.

Das Führungsgremium von EuroCOP besteht also aus:

Hermann Lutz, Deutschland  
Gunnar Andersson, Schweden  
José Antonio Rodriguez, Spanien  
Heinz Kiefer, Deutschland  
Clint Elliott, Großbritannien.

Die Delegierten beschlossen ein Arbeitsprogramm bis zum nächsten Ordentlichen Kongress im September 2003. Arbeitsgruppen sollen u.a. die zukünftige politische Orientierung sowie die Interessengebiete von EuroCOP bestimmen und die notwendigen

Strategien und Methoden zur Interessenvertretung gegenüber EU-Institutionen entwickeln.

Hermann Lutz hob zum Schluss des Kongresses die Bedeutung des Tages hervor: „Dies ist wirklich eine historische Stunde, weil wir es geschafft haben, eine einheitliche Vertretung der Polizeibeschäftigten in Europa zu schaffen.“

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg gratulierte Hermann Lutz zu diesem Erfolg: „Man muss schon das diplomatische Geschick, aber auch die Hartnäckigkeit eines Rheinland-Pfälzers haben, um in einem äußerst schwierigen Prozess so viele unterschiedliche Auffassungen unter einen Hut zu bringen. Das ist eine große Leistung, von der Polizeibeschäftigte quer durch Europa profitieren.“

**W.D.**



# International bereits am Ball

**Im Vorfeld der Organisation der Fußball-WM 2006 veranstaltete das Bundesinnenministerium ein Internationales Experten-Symposium am 16./17. Oktober 2002 in Berlin.**

Eingeladen zum frühzeitigen Gedankenaustausch hatte der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Bernd Manthey, in seiner Funktion als Leiter des Bund-Länder-Ausschusses zur Vorbereitung der WM 2006. Teilgenommen haben die Mitglieder des Bund-Länder-Ausschusses, des interministeriellen Arbeitskreises WM 2006, die Mitglieder der UAFEK-Projektgruppe WM 2006, die Polizeieinsatzleiter in den WM-Spielorten, Vertreter der ausrichtenden Fußballverbände FIFA und DFB, der Sicherheitsbeauftragte der Deutschen Bahn AG sowie Gewerkschaftsvertreter.

Als Referenten waren die Sicherheitsbeauftragten der Sportgroßveranstaltungen der letzten acht Jahre geladen.

Neben den positiven Erfahrungen mit ihren jeweiligen Sicherheitskonzepten und dem Ablauf der entsprechenden Großveranstaltungen waren

auch die Kritikpunkte und Mängel von besonderem Interesse. Diskutiert wurden insbesondere Fragen der Steuerung des Ticketverkaufs, Transportprobleme und Sicherheit der Transportwege sowie die Frage des Alkoholverkaufs in und um die Stadien herum.

Neben nahezu einheitlichem Lob für die bisher ausgezeichnete internationale Zusammenarbeit zwischen den jeweils zuständigen nationalen Sicherheitsbehörden und den Veranstaltern der Großveranstaltungen, gab es geteilte Auffassungen zur Frage des Einsatzes von – auch uniformierten und bewaffneten – Polizeieinheiten aus den Teilnehmerländern im jeweiligen Gastgeberland: geringfügige Einsatzkontingente wurden von einigen durchaus für sinnvoll und hilfreich erachtet, jedoch sprach sich die Mehrheit der Referenten aber auch der Diskutanten gegen einen solchen Einsatz aus.

Statt dessen wurde wiederholt auf die Notwendigkeit des intensiven Informationsaustausches zwischen allen Beteiligten hingewiesen.



**Begehrte Trophäe 2006: der FIFA-Pokal. Im Bild eine Nachbildung – das Original ist zur Zeit im Besitz von Brasilien.**

Foto. dpa

Seinem Anliegen, auf die Erfahrungen der anderen Veranstalterländer schon im Planungsstadium zurückgreifen zu können, den Kontakt zwischen den Ansprechpartnern herzustellen bzw. zu intensivieren und bereits jetzt einen intensiven Gedankenaustausch anzustoßen, ist das Symposium durchaus gerecht geworden.

Fragen noch zu erstellender Sicherheitskonzepte spielten keine wesentliche Rolle. Das wird Schwerpunkt der nun kommenden Gremienarbeit der oben genannten Arbeitskreise und Projektgruppen sowie evtl. weiterer Symposien sein.

Für die GdP ist es wichtig, bereits in einem noch relativ frühen Stadium der Planungen am Ball zu sein, um im Laufe der Vorbereitungen in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Personalvertretungsgremien zum einen für eine höchst mögliche Sicherheit während der WM 2006 und zum anderen für angemessene Einsatzbedingungen der während der WM 2006 eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu sorgen.

now

## Auf ein Wort

Liebe Kolleginnen,  
liebe Kollegen,

Weihnachten und Neujahr liegen vor uns. Für viele ist diese Zeit „zwischen den Jahren“ Anlass, zurückzublicken auf das im alten Jahr Geleistete und Erlebte, und zugleich vorausschauen auf das kommende Jahr. Ich wünsche euch allen, dass ihr in dieser Zeit die Muße finden werdet, um daraus neue Kraft für ein weiteres aktives Tätigsein schöpfen zu können.

Das alte Jahr geht zu Ende, das neue beginnt. Die Uhr läuft weiter, als sei nichts geschehen, aber wir Menschen spüren den Einschnitt und sind bemüht, nicht über die Schwelle zu stol-

pern, sondern sie bewusst zu überschreiten. Und so gehen wir in das Jahr 2003 mit neuen Erwartungen. Jeder hat im Privaten, in der Familie, in seinem Freundeskreis und natürlich auch für sein gewerkschaftliches Wirken Hoffnungen und Ziele, die es zu wirklichen gibt. Manches kann man allein erreichen – aber vieles kann nach unserer Lebenserfahrung nur in einer starken Gemeinschaft, in Teamarbeit gemeistert werden. Dies gilt in hohen



Maße für unsere Gewerkschaft der Polizei, mit der wir so viel für unseren Beruf und die Gesellschaft erreicht haben – und gerade in jüngerer Zeit an Zumutungen abzuwehren hatten und noch haben.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich bei meiner Seniorenarbeit unterstützt haben. Die vielfältigen Gespräche und Anregungen haben dazu beigetragen, das Jahr 2002 für die Seniorengruppe gut abzuschließen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ich schreibe diese Zeilen kurz vor der Adventszeit, und mir ist im Moment so gar nicht weihnachtlich zu Mute. Zu alar-

mierend sind die Nachrichten von den Regierungen in Bund und Ländern, was die Bundeseinheitlichkeit von Besoldung und Versorgung angeht. Das Thema geht uns alle an, und ich bin sicher, dass gerade unsere Seniorinnen und Senioren hellwach sind. Wir sind bereit, unsere GdP bei ihren Aktionen zu unterstützen, um somit letztlich uns selbst zu helfen.

Das soll uns nicht davon abhalten, uns auf ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise der Familie und auf ein gesundes und möglichst zufrieden verlaufendes Jahr 2003 zu freuen.

Euer Heinz Blatt, Vorsitzender der Seniorengruppe Bund

## BUCHTIPP

### „Pflegegutachten – Die Einstufung durch den Medizinischen Dienst“

Nicht nur Ältere, auch jüngere Menschen können durch Krankheiten und Unfälle plötzlich auf fremde Hilfe angewiesen sein. Wen ein solches Schicksal ereilt, kann auf die Pflegeversicherung zurückgreifen, die sowohl häusliche als auch stationäre Pflege je nach Einstufung in die Pflegestufen I, II oder III vergütet. Aber zuerst muss die Pflegebedürftigkeit festgestellt worden.

Als pflegebedürftig wird anerkannt, wer wegen einer körperlichen, geistigen, seelischen Krankheit oder Behinderung alltägliche Verrichtungen – wie Körperpflege, essen, allein ankleiden und die hauswirtschaftliche Versorgung – nicht mehr allein ausführen kann. Um dies amtlich festzustellen, kündigt sich ein Gutachter des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherungen an, der anhand eines Fragebogens sein Gutachten erstellt und an die Pflegekasse weiterleitet, die ihrerseits dann den Betroffenen benachrichtigt. Dabei ist mit Wartezeiten von min-

destens vier Wochen zu rechnen.

Um den individuellen Pflegebedarf richtig zu erfassen, wurde ein Fragenkatalog erarbeitet, der im Einzelnen die Hilfen für Körperpflege Ernährung, Mobilität und häuslicher Versorgung erfasst und zeitlich bemisst. Um sich auf die Begutachtung vorzubereiten, ist ein Pflegetagebuch hilfreich, das zwei Wochen vor dem angekündigten Besuch zeit- und bedarfsgenau geführt werden sollte.

Unterschieden wird zwischen Sach- und Geldleistungen. Entscheidet man sich für Sachleistungen, übernimmt ein professioneller Pflegedienst die Pflege. Es kann auch Pflegegeld bezogen werden, um damit Angehörige, Nachbarn, Bekannte oder andere Helfer zu bezahlen. Die Höhe richtet sich nach der jeweiligen Pflegestufe.

Die Begutachtung findet meist im häuslichen Bereich statt, weil sieh der Gutachter auch einen Überblick über das häusliche Umfeld und den Hilfebedarf ma-



chen soll, beispielsweise über die Lage der Sanitäreinrichtungen, ob es sich um eine ein- oder z w e i -

geschossige Wohnung handelt (die Richtlinien für die Begutachtung können gegen Einsendung eines frankierten Rückumschlages beim Medizinischen Dienst angefordert werden).

Grundsätzlich gilt, dass der Grad der Pflegebedürftigkeit nach dem individuellen Hilfebedarf des Kranken oder Behinderten beurteilt wird.

Ausschlaggebend für die Einstufung ist der Zeitaufwand für die Pflege.

Stufe I (erheblich pflegebedürftig)

Hilfe bei wenigstens zwei Einrichtungen wie Körperpflege, Ernährung, Mobilität wird mindestens einmal täglich Hilfe gebraucht.

Stufe II (schwer pflegebedürftig)

Hier wird mindestens dreimal täglich Hilfe zu verschiedenen Tageszeiten benötigt.

Stufe III (schwer pflegebedürftig)

Hier ist Hilfe rund um die Uhr (auch nachts) nötig, zusätzlich bedarf es mehrmals pro Woche einer Haushalthilfe.

Mehr über gesetzliche Regelungen und das Prozedere der Anerkennung von Pflegebedürftigkeit ist in der Broschüre „Pflegegutachten – Die Einstufung durch den Medizinischen Dienst“ zu erfahren.

72 Seiten, Bestellnummer 550, 4,80 Euro.

**Beziehen kann man die Broschüre über:**

**Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.**  
„Pillbox“ Markgrafenstraße 66  
10969 Berlin

**Tel.: 030/25800-0**  
**Fax: 030/25800-518**  
**eMail: info@vzbv.de**

H.B.

# Die neuen Preise mit der BahnCard für alle

Im Seniorenjournal DP 10/02 haben wir versprochen, uns von der Deutschen Bahn AG Preisbeispiele unter Nutzung der neuen BahnCard berechnen zu lassen, denn die SeniorenBahnCard fällt ab 15. Dezember weg. Allerdings sollen – wie in unserem Interview mit Gunnar Meyer, Leiter der Kommunikation Personenverkehr von der Deutschen Bahn AG, zu lesen war – die Senioren die Gewinner des neuen Preissystems sein.

DP ließ sich daher vom Pressesprecher der Deutschen Bahn AG, Gelfo Kröger, eine Langstrecke und eine Kurzstrecke berechnen.

**Wie teuer wird es, wenn man vier Mal im Jahr eine rund 350-km-Strecke mindestens sieben Tage im Voraus bucht (jeweils für eine Person und für eine Reise zu zweit) – also den Sparpreis erhält?**

Mit der neuen BahnCard und dem neuen Preissystem würde eine Tour hin und zurück – wir haben für die Berechnung Hannover-Frankfurt/Main mit 353 km zu Grunde gelegt – für eine Person 340 Euro kosten. Zu zweit wird es noch preiswerter, nämlich 540,50 Euro, weil dann der 50prozentige Mitfahrer-Rabatt gewährt wird.

Mit der Senioren-BahnCard hätte die gleiche Strecke für eine Person 430 gekostet, für 2 Personen 860 Euro.

**Wie sieht es bei kürzeren Strecken aus? Angenommen jemand unternimmt 12 x jährlich eine 75-km-Reise?**

Bei kürzeren Fahrstrecken kommt leider der Streckenrabatt, den es ab 180 km gibt, nicht zum Tragen. Auch die Plan&Spar-Tarife gelten erst bei einem Mindestpreis von 15 Euro pro Richtung. Für die 75-km-Strecke hin und zurück würde eine einzelne Person pro Hin- und Rücktour mit der neuen BahnCard im Fernverkehr 352,50 zahlen, zu zweit würde das 558,10 Euro kosten. Etwas preiswerter wird es mit dem Nah-

verkehr. Hier zahlt eine Person unter den angegebenen Bedingungen 268 Euro, zu zweit 536 Euro.

Mit der SeniorenBahnCard würde die Fahrt pro Person 209,10 Euro kosten; reist man mit Partner, 418,20 Euro.

**Und was passiert, wenn man z. B. aus gesundheitlichen Gründen die Reise nicht antreten kann? Oder wenn man den Zug verpasst?**

Fahrkarten zum Normalpreis können vor dem 1. Geltungstag jederzeit gratis umgetauscht und erstattet werden. Ab dem ersten Geltungstag wird hierfür eine Gebühr von 15 Euro fällig.

Bei den Plan&Spar-Tarifen kostet der Umtausch bis zum

Ende der Vorkaufsfrist 15 Euro, innerhalb der Vorkaufsfrist 30 Euro und am Tag der Reise 45 Euro. Kann die Reise nicht angetreten werden, verfällt das Plan&Spar-Ticket wie bei den Billigfliegern auch.

Für den Krankheitsfall empfiehlt es sich daher, im Vorfeld eine Reiserücktrittversicherung abzuschließen. Für BahnCard-Kunden beträgt die Jahresgebühr dafür 15 Euro.

**Fazit:** Wer unter 180 km-Strecken Bahn fahren will, für den wird es erheblich teurer.

Darüber hinaus entfällt bei Inanspruchnahme der Plan&SparPreisen die problemlose Nutzung der Fahrkarte über mehrere Tage. Man muss sich unwider-

reflich festlegen oder wird zur Kasse gebeten. Mehr Service für den Kunden lässt sich hier nicht erkennen. Wohl aber mehr Reglement.

*Einen kleinen Lichtblick gibt es dennoch:*

*Noch bis zum 14. Dezember kann die alte Senioren-BahnCard für ein Jahr erworben werden. Vor allem für Kurzstrecken-Reisende (bis 180 km) würde sich das finanziell lohnen.*

Wer häufig überwiegend längere Strecken zu bewältigen hat, die er gut im Voraus planen kann, fährt preislich mit der neuen BahnCard gut, weil er dann in den Genuss der Plan&Spar-Tarife kommt.

## 3. Bundesseniorenfahrt

29.08. – 07.09.2003

Nach der schönen Fahrt auf der Donau anlässlich der 1. Bundesseniorenfahrt empfiehlt der Bundesseniorenvorstand diesmal wieder eine

**Flusskreuzfahrt auf der Wolga mit Besuch der Metropolen St. Petersburg und Moskau**

Neue Eindrücke, viel Abwechslung, angenehmes Reisen und nette Menschen.

Wo gibt es das? Natürlich bei der GdP, mit gewerkschaftlichem Beiprogramm und bewährter GdP-Reisebegleitung.

Preis (2-Bett-Aussenkabine): ca. 1000.- Euro (inkl. Flug, Kreuzfahrt, Vollpension und Programm)

Eine Flusskreuzfahrt ist sicher die schönste und erholsamste Art, in Russland zu reisen. Man ist ständig unterwegs – ohne die Unterkunft zu wechseln –, hat stets neue Eindrücke und erlebt neben den Weiten der russischen



Mit dem MS „Andropow“ die Wolga entlang.

Fluss- und Seenlandschaft die Metropolen St. Petersburg und Moskau.

Übrigens: St. Petersburg feiert 2003 seinen 300. Geburtstag.

Die Reise wird mit einem bekannten Spezialveranstalter durchgeführt.

Sie beinhaltet u.a. folgende Leistungen:

- An-/Rückreise per Flugzeug (Lufthansa/Pulkovo Aviation) von/zur verschiedenen Flughäfen in Deutschland

- Kreuzfahrt mit der MS „Andropow“ mit Vollpension
- ein umfangreiches Ausflugsprogramm

Die ausführliche Ausschreibung erfolgt in DP 1/03.

Anmeldungen an:  
GdP-Bundesvorstand,  
Abt. Organisation, Forststr. 3a,  
40721 Hilden  
Tel: 0211 / 7104-134  
Fax: 0211 / 7104-145

# Deutschland – Anschlagziel der al-Qa'ida

Von Berndt Georg Thamm

**Nach den Anschlägen der Terrorpiloten in den USA am 11. September 2001 zeichneten sich insbesondere geheime Dienste durch Verschwiegenheit aus, so auch der Bundesnachrichtendienst (BND). Über ein Jahr enthielt er sich in Sachen Terrorlagebild stets jedes öffentlichen Kommentars. Vor vier Wochen nun überraschte er mit einer regelrechten Informationsoffensive.**

Am 4. November stellte BND-Präsident August Hanning auf dem „13. Forum Bundeswehr und Gesellschaft“ (Veranstalter: „Welt am Sonntag“) erstmals öffentlich zahlreiche Details über die Erkenntnisse seines Hauses zur al-Qa'ida und zu möglichen Anschlägen in Deutschland vor. Entsprechende Aussagen wiederholte er in einem Interview mit dem TV-Journalisten Elmar Theveßen im ZDF-Magazin „Frontal 21“, das einen Tag später ausgestrahlt wurde.

Fast zeitgleich referierte zum selben Thema Hans-Josef Beth, Leiter der Abteilung Internationaler Terrorismus beim BND, auf einer kurzfristig anberaumten öffentlichen Veranstaltung der Deutschen Atlantischen Gesellschaft im Roten Rathaus in Berlin. Auch sein Vortrag über das „Ausmaß der terroristischen Bedrohung aus Sicht des deutschen Auslandsgeheimdienstes“ war eine Premiere.

Sowohl Hanning als auch Beth machten deutlich, dass ihrer Kenntnis nach die al-Qa'ida an ihrer „Reorganisation und Regruppierung der Strukturen“ arbeite. Die Organisation würde unter Druck stehen und dementsprechend „mit Anschlägen ihre Schlagkraft unter Beweis stellen“ wollen. Deutschland gelte – nicht zuletzt wegen des Engagements in Afghanistan – als „Lakai der Amerikaner“.

Auch wenn sich die BND-Führung zu möglichen Bedrohungsszenarien nicht konkret äußerte, verwies sie dennoch deutlich darauf, dass mittlerweile auch Deutschland ein vorrangiges Anschlagziel der al-Qa'ida sei.

## Anschlagziel Deutschland – warum?

Über lange Zeit war der Hauptfeind der Dihad-Soldaten der al-Qa'ida der „große Satan“ USA und der „kleine Satan“ Israel. Mit beiden Staaten war und ist Deutschland eng verbunden – nach den Anschlägen vom 11. September auch zunehmend im globalen Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Je erfolgreicher diese Bekämpfung, desto gefährdeter ist die Republik. Das gilt sowohl im Inland als auch im Ausland.

## Terrorismusbekämpfung im Ausland – Operation Enduring Freedom

Durch das Mandat des Bundestages vom 16. November 2001 nahmen Soldaten der Bundeswehr an der „Operation Enduring Freedom“ (Dauerhafte Freiheit) teil – eben jenem asymmetrischen Krieg, den eine internationale Anti-Terror-Allianz ab Oktober 2001 mit rund 40.000 Soldaten aus insgesamt 15 Nationen und der Lead Nation USA zu führen begann.

Die Bundesregierung wird sich ein weiteres Jahr an dieser Operation beteiligen. Ihr dementsprechender Antrag wurde von den Mitgliedern des Bundestages mit großer Mehrheit am 15. November angenommen.

„Der Kampf gegen den Terror“, so Verteidigungsminister Struck, „müsse mit allen politischen, aber auch militärischen Mitteln geführt werden“.

## Marineverbände am Horn von Afrika

Die Bundeswehr-Soldaten sehen sich heute einer – objektiv betrachtet – gefährlicheren Situation ausgesetzt. Die am Horn



**An die Völker der mit der ungerechten amerikanischen Regierung verbündeten Länder: ... Wissen eure Regierungen nicht, dass Verbrecher im Weißen Haus die größten Schlächter dieser Zeit sind? ... Ich nenne im Besonderen Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada, Deutschland und Australien ... Wir haben Australien schon einmal davor gewarnt, sich dem Krieg in Afghanistan anzuschließen ... Es ist Zeit abzurechnen. Ihr werdet getötet werden, so wie ihr tötet, und ihr werdet bombardiert werden, so wie ihr bombardiert. Seid auf weitere Erschütterungen gefasst. “**

Osama Bin Laden, dessen Ansprache am 12. November 2002 vom arabischen Satelliten-TV-Sender al-Jazeera ausgestrahlt wurde.

von Afrika eingesetzten Marineverbände haben die Aufgabe, Seewege zu kontrollieren und Transporte von Gütern, die der Unterstützung des internationalen Terrorismus dienen können, zu verhindern. Von geostrategischer Bedeutung ist hier insbe-

sondere der Golf von Aden, gilt doch inzwischen der Jemen als bedrohliches Rückzugsgebiet der al-Qa'ida.

Die arabische Republik, Heimat der Familie Bin Ladens, ist wehrhaft: 18 Millionen Einwohner besitzen 50 Millionen Schusswaffen.

Von hier aus wurde am 6. Oktober auf den französischen Öltanker „Limburg“ vor der jemenitischen Hafenstadt Mukalla von al-Qa'ida-Terroristen ein Sprengstoffanschlag verübt. Die Tat und ihre Ausführung erinnern an den Anschlag auf das US-Kriegsschiff USS „Cole“ im Hafen von Aden vor knapp zwei Jahren. Und vom Jemen aus soll nicht nur die angeschlagene al-Qa'ida reorganisiert, sondern auch – so Nachrichtendienste – Anschläge gegen den Westen vorbereitet bzw. gesteuert worden sein.

## ABC-Spürpanzer und KSK-Elitesoldaten

Weiter nördlich auf der arabischen Halbinsel waren Ende Januar rund 250 Soldaten der ABC-Abwehrtruppe zur Teilnahme an einer multinationalen Katastrophenschutzübung in Kuwait eingetroffen. Bis heute sind hier ABC-Spürpanzer stationiert. Vor dem Hintergrund eines möglichen US-Militär-schlages gegen den Irak könnte sich die Rolle deutscher ABC-Abwehrkräfte in diesem Einsatzort ändern.

Weiterhin waren rund 100 Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) „im Anhang von US- und UK-Special Forces“ in die direkte Terrorismusbekämpfung in Afghanistan eingebunden. Nun wurde ihr Kampfauftrag gegen das al-Qa'ida-Netzwerk erweitert. Künftig soll das KSK, so der Verteidigungsminister Anfang November, „direkte Kampfeinsätze von den Amerikanern unabhängig gegen Terrorgruppen führen



**Vertragsabschluss über die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau der Polizei in Afghanistan zwischen Bundesinnenminister Otto Schily (r.) und dem afghanischen Außenminister Abdullah Abdullah im März diesen Jahres in Berlin. Dahinter der afghanische Übergangsregierungschef Harmid Karsai.**

und erstmals ein eigenes Einsatzgebiet erhalten“. Der Sektor der KSK wird sich wohl an Kabul anschließen, stellt doch in dieser Hauptstadt die Bundeswehr mit rund 1.300 Mann einen nicht unerheblichen Teil der International Security Assistance Force (ISAF).

### **Führungswechsel des ISAF-Kommandos**

Mitte Februar 2003 soll das zur Zeit von Türken geführte ISAF-Kommando von einem deutsch-niederländischen Armeekorps abgelöst werden, das auch mit NATO-Unterstützung rechnen kann. Die Niederländer wollen für die Führungsaufgabe in Afghanistan etwa 640 Soldaten einsetzen, die Deutschen ihre Truppe „noch deutlich aufstocken“. Eine Ausweitung der ISAF-Mission über Kabul hinaus wird von den UN-Schutztruppen als zu gefährlich abgelehnt, denn das Land am Hindukusch ist längst noch nicht befriedet: in vielen Regionen hat nicht die Kabuler Regierung das Sagen, vielmehr wurde nach dem Sturz des Taliban-Regimes das entstande-

ne Machtvakuum von konkurrierenden Milizen und Banden gefüllt, deren Führer an der Sicherung ihrer Kleinreiche interessiert sind.

Aber auch mächtige Stammesführer, beispielsweise der Usbeken-General Dostum im Norden und der Provinzgouverneur Ismael Khan im Westen des Landes, verlassen sich mehr auf zig Tausende eigene Waffenträger, weniger auf eine zentrale Regierungsgewalt. Nicht wenige dieser Warlords sichern sich ihre Macht durch das unbare Zahlungsmittel Rauschgift. Ein Jahr nach dem Ende des Taliban-Regimes ist Af-

ghanistan wieder größter Opium-Lieferant der Welt.

### **Deutsche Hilfe beim Polizei-Aufbau**

Im Kampf gegen hochprofitable Drogengeschäfte wird die Regierung Karzai auch von Deutschland unterstützt. So übernahm Berlin in der Folge der Petersberger Konferenz auf Bitten der damaligen afghanischen Übergangsregierung und der Vereinten Nationen die „Lead Role“ beim Aufbau einer nationalen Polizei. Vor diesem Hintergrund wurde Ende August die Polizeiakademie in Kabul in Betrieb genommen, die seitdem rund 1.500 Teilnehmer in verschiedenen Lehrgängen ausbil-

det. Auch mit dem Aufbau einer Anti-Drogeneinheit wurde begonnen.

Das Projekt Polizeiaufbau, so heißt es im Konzept, „steht im größeren Zusammenhang des Bemühens der Völkergemeinschaft, durch Wiederherstellung der inneren Sicherheit und Stopp des Drogenanbaus und -handels die erforderlichen Voraussetzungen für eine langfristige Stabilisierung des Landes und eine zentrale Grundlage für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans zu leisten“.

Die Herstellung der inneren Sicherheit wird jedoch noch einige Zeit brauchen, haben sich doch auch die vor einem Jahr aufgelösten Milizen der Taliban neu formiert. Ihre Gotteskrieger werden von Pakistan aus gesteuert. Konkurrierend zu den Taliban kämpft darüber hinaus eine neu begründete „Rote Mudjahidin-Armee“ gegen die Kabuler „Marionetten“-Regierung des Westens. Und nicht zuletzt hat sich am Hindukusch eine reorganisierte ai-Qa'ida wieder in Stellung gebracht, deren Kämpfer Anschläge sowohl



**Mehrere hundert Taliban-Kämpfer gaben vor gut einem Jahr vor der drohenden Großoffensive der Nordallianz in Kundus auf – dem damals einzig noch verbliebenen Stützpunkt der Taliban in Nordafghanistan. Inzwischen – so internationale Beobachtungen – haben sich die Gruppen der Gotteskrieger neu formiert, und versuchen, ihr Netzwerk weiter zu optimieren.**

## TERRORISMUS

in Pakistan als auch in Afghanistan planen. Der BND hat Hinweise darauf, dass sich diese Attentate gegen ISAF-Einheiten, darunter auch Bundeswehr-Stützpunkte richten sollen.

Die Fronten im Terrorkrieg verlaufen mittlerweile aber auch im Inland.

### Terrorismusbekämpfung im Inland – erste Verhaftungen

Schon im September 1998 wurde mit dem Sudanesen Mamduh Machmud Salim nicht nur irgendein Waffeneinkäufer, sondern der mutmaßliche Finanzchef der al-Qa'ida in München verhaftet und zwei Monate später an die USA ausgeliefert. Im Dezember 2000 gelang die Festnahme einer Gruppe „unabhängiger Gotteskrieger“ (nonaligned Mudjahidin) in Frankfurt/Main, die zum Jahresende 2000 einen Terroranschlag in Straßburg plante. Der Führer dieses Kommandos, der Algerier Mohammed Bensakhria („Europa-Leiter“ der al-Qa'ida), wurde im Juni 2001 in Südspanien festgenommen. Der Prozess gegen die „Frankfurter Zelle“ (sie hatte Kontakte nach England, Italien und Frankreich) begann im April in Frankfurt.

### Terrornetzwerk in Deutschland

Im selben Monat geriet in das Visier der deutschen Fahnder eine sunnitisch-palästinensische Gruppe namens „Bekenntnis an die Einheit Gottes“ (al-Tawhid). Diese zur al-Qa'ida zählende Gruppe ist ganz offensichtlich in ein globales Terrornetzwerk eingebettet, dessen Spuren auch nach England, Dänemark sowie in den Iran führen.

Die Festnahme der al-Tawhid-Aktivisten belegte für den Generalbundesanwalt Kay Nehm, „dass die Islamisten in Deutschland über ein noch engeres Netz verfügen als bislang schon be-

**Die Terrorismusbekämpfung läuft auch in Deutschland auf Hochtouren. So gab es beispielsweise im Januar diesen Jahres ein starkes Polizeiaufgebot in Mönchengladbach, als ein mutmaßliches al-Qa'ida-Mitglied festgenommen wurde.**

**Fotos (3): dpa**



kannt“. Vor diesem Hintergrund sind auch die Ermittlungen gegen vier Männer zu sehen. Zu ihrer „Duisburger Gruppe“ hatte wohl auch der Tunesier Nizar Nawar Kontakt, der als Selbstmordattentäter der al-Qa'ida am 11. April den Anschlag auf die Synagoge in Djerba beging.

Last not least fing im Oktober mit der Gerichtsverhandlung gegen den Fundamentalisten Mounir El Motassadeq in Hamburg der erste „al-Qa'ida-Prozess“ der Republik an. Dem Marokkaner, er wird der „Hamburger Zelle“ der Terrorpiloten zugerechnet, wird im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zum mehrtausendfachen Mord“ vorgeworfen. Fast allen Kämpfern der vorgenannten Gruppen ist gemein, dass sie in den paramilitärischen Camps der al-Qa'ida in Afghanistan ausgebildet wurden.

### Die Drohung der al-Qa'ida

Anfang Oktober fing der afghanische Geheimdienst ein über Satellitentelefon geführtes Gespräch zwischen dem abgetauchten Ex-Taliban-Führer

Mullah Omar und seinem früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Maulwi Abdul Kabir ab. Diese sprachen auch von „ihren Wohltätern“ und „den Scheichs“, Umschreibungen für die al-Qa'ida-Führungspersonen Osama Bin Laden und Aiman al-Zawahiri. Letzterer drohte unterdessen in einer Tonbandaufzeichnung neue Anschläge gegen die USA und ihre Verbündeten an. Die Authentizität des Bandes ist ungeklärt und es gibt keine Information über den Zeitpunkt der Aufnahme, die vom arabischen Satelliten-TV-Sender al-Jazeera (Golfemirat Qatar) am 8. Oktober ausgestrahlt wurde. Dennoch wird die Stimme Bin Ladens Stellvertreter al-Zawahiri zugeordnet. Mit Blick auf den Anschlag gegen deutsche Touristen auf Djerba drohte der ägyptische „Terror-Doktor“ unverhüllt: „Die Mudjahidin-Jugend sandte eine Botschaft an Deutschland und eine an Frankreich. Sollte aber diese Dosis nicht ausreichend gewesen sein, so sind wir bereit – natürlich mit Allahs Hilfe –, die Dosis zu erhöhen“.

### Keine Entwarnung für Europa

Die „Botschaft“ der al-Qa'ida muss mehr als ernst genommen

werden. Seit dieser Zeit mehren sich die Anzeichen über bevorstehende Terroranschläge. Ein islamistisches Terrorkommando soll, so Informationen des US-Secret Service an das BKA, schon in Europa eingesickert sein. Die als Asylbewerber getarnten Algerier und Libyer werden dem al-Qa'ida-Netz zugerechnet.

Wenige Tage später warnte Interpol-Generalsekretär Ronald Noble in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „Le Figaro“ am 8. November: „Kein Land darf sich in Sicherheit wiegen, nur weil die letzte Welle von Attentaten in Asien erfolgte ... Die Terroristen schlagen zu, wann und wie sie wollen. Weder Kanada, noch Afrika oder Australien können als sichere Zonen angesehen werden“. Ausdrücklich warnte Noble vor Anschlägen in Europa.

*Im zweiten Teil des Beitrages (DP 1/2003) befasst sich Berndt Georg Thamm mit möglichen Anschlagzielen im Inland, Bedrohungstrends und mit der Reorganisation der al-Qa'ida.*